



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 146 März/3 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

EU: Vom Friedens- zum Kriegsprojekt

Die Europäische Union steckt Milliarden in Aufrüstung statt in die Verbesserung der Lebensumstände ihrer 450 Millionen Bürger. Selbst langjährige Mitarbeiter von EU-Institutionen zeigen sich inzwischen ernüchtert. «Transition News» konnte mit einem von ihnen über ein anderes Europa sprechen.

Veröffentlicht am 10. März 2025 von SMA



Foto: Sophia-Maria Antonulas

Transition News (TN): Um das Jahr 2010 herum hatten Sie bei der Europäischen Union als Praktikant angefangen. Inzwischen hat sich bei Ihnen eine gewisse Ernüchterung eingestellt. Was hat sich verändert?

Ernst Müller (Name von der Redaktion geändert): Damals hatte ich noch das Gefühl, dass die Jungen, die dort gearbeitet haben, alle zusammenwachsen wollten. Das war nach der grossen EU-Osterweiterung, als Tschechien, die Slowakei, das Baltikum, Ungarn, Polen und Slowenien und auch Zypern dazukamen. Es herrschte eine Art Aufbruchsstimmung.

Inzwischen ist zumindest bei mir viel Ernüchterung eingetreten, da ich früher dachte, dass die Europäische Union ein ganz klares Friedensprojekt sei – so wurde sie uns ja immer verkauft. Man müsste den Menschen zurufen, dass sie mal zuhören sollen, was die etablierten Politiker ihnen bei jeder Europawahl erzählen: «Europa ist ein Friedensprojekt.» Jetzt haben wir in einem Teil Europas Krieg – die Ukraine gehört nicht zur EU, aber geografisch gehört sie trotzdem zu Europa, wie auch Teile Russlands. Und seit einigen Wochen wissen wir auch, dass der Wind dreht, dass zwischen den USA und Russland wieder diplomatische Gespräche stattfinden. Aber die Europäische Union möchte munter weiter Krieg führen und aufrüsten.

Und meine Ernüchterung kommt natürlich ein Stück weit daher, dass ich realisiert habe, dass es vielen führenden politischen Parteien, insbesondere aus deutscher Sicht, nicht notwendigerweise um den Frieden geht. Wenn man fordert, dass eine Seite, egal welche, gewinnt, dann fordert man ja den «Sieg». Und das ist noch nie gutgegangen.

TN: Welche Kräfte haben Interesse daran, aus der EU ein Kriegsprojekt zu machen?

EM: Hier jetzt explizit irgendwelche Kräfte zu nennen, würde den Bogen überspannen. Sagen wir mal so: Es gibt ein World Economic Forum, einen militärisch-industriellen und einen Tech-Komplex. Und Trump ist ein Dealmaker: Wenn Europa, beziehungsweise die EU, US-Waffen kaufen will, wird die US-amerikanische Waffenindustrie diese Waffen für uns produzieren. Allerdings zeichnet sich in den USA ein Kampf zwischen den Globalisten und Trump ab. Derzeit haben sich die Patrioten in den USA durchgesetzt und es kommt scheinbar zu einer Verschiebung der Globalisten in die Europäische Union. Und weil Sie gefragt haben, wer daran Interesse hat: Vielleicht Teile dieser Globalisten oder eben dieses militärisch-industriellen Komplexes.

TN: Europäische Staatschefs scheinen Moskaus neue Atomwaffendoktrin zu vergessen, die auf «Response by Detection» setzt. Das bedeutet, noch bevor die erste Taurus-Rakete Moskau erreicht, kann Europa zerstört werden. Was geht da innerhalb der EU vor?

EM: Ich bin mir immer nicht sicher, ob diese Menschen tatsächlich wissen, welche Implikationen ihr etwaiges Handeln zur Folge hätte. Ich kann es mir nur mit Realitätsverlust erklären, weil man vielleicht davon ausgeht, dass Russland dazu doch nicht in der Lage wäre oder es nicht tun würde. Wetten würde ich darauf allerdings nicht. Russland ist militärisch derzeit so fortgeschritten, dass es wahrscheinlich nicht mal eine Atomwaffe benötigen würde, um den Europäern einen Schuss vor den Bug zu geben. Das könnte man heutzutage auch mit Hyperschallraketen erreichen. Wenn man die entsprechend bestückt, dann schlägt so eine Rakete irgendwo bei Berlin ein und zerstört halb Deutschland. Diese Politiker, in Deutschland ist Friedrich Merz ganz vorne mit dabei, aber auch Olaf Scholz und weitere europäische Staatsmänner und Staatsfrauen, haben noch ein ganz anderes Problem: Denn Trump hat ja Interesse an Grönland angemeldet. Wenn wir im Osten weiter auf Krieg drängen und die USA sich tatsächlich Grönland holen wollten, dann befände sich die EU in einem Zweifrontenkrieg gegen zwei Grossmächte.

TN: «ReArm Europe» heisst die EU-Initiative für die Wiederbewaffnung der Mitgliedstaaten, die dadurch wohl im wahrsten Sinne des Wortes arm gemacht werden. Gibt es in Brüssel eigentlich auch Stimmen für den Frieden?

EM: Die gibt es, allerdings sind diese Stimmen in der Minderheit. Ich hoffe, dass einige EU-Politiker zum Ergebnis kommen, dass, wenn die USA sich aus diesem Krieg in der Ukraine zurückziehen, es sinnvoll wäre, sich dem Friedensprozess anzuschliessen, auch wenn man daran nicht direkt beteiligt sein kann.

Mein Vorschlag: Es geht ja immer darum, dass die Ukraine EU-Mitglied werden soll – allerdings wird sie aus meiner Sicht niemals die Kopenhagen-Aufnahmekriterien erfüllen. Und die Donbass-Region sowie die Krim gehen sehr wahrscheinlich an Russland. Danach könnte die Ukraine Mitglied der EFTA, der Europäischen Freihandelszone, werden, mit der Garantie, dass die Ukraine niemals der NATO beitrifft. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) könnte das überwachen – schliesslich wurde die OSZE genau dafür geschaffen. Übrigens, als ich das erste Mal «ReArm Europe» gehört habe, hatte ich sofort Bilder von Armut – Wiederverarmung – und verstümmelten Menschen im Kopf, die man mit Prothesen re-armen und re-beinen muss.

TN: Die EU will insgesamt 800 Milliarden Euro in dieses Programm zur Wiederbewaffnung stecken. Welche Folgen wird das für die Bevölkerung haben?

EM: Das ist fatal. Lassen Sie uns zunächst mit dem «normalen» EU-Haushalt beginnen, dem Mehrjährigen Finanzrahmen. Diese EU-Finanzrahmen laufen derzeit immer sieben Jahre. Der derzeitige fing 2021 an und läuft 2027 aus. Zusätzlich zu diesem Finanzrahmen, also ausserhalb des Haushaltsplans, hatten wir 2020 ein milliardenstarkes sogenanntes «Corona»-Hilfspaket (Next Generation EU) beschlossen. Das war

das erste Mal, dass die EU Schulden, den sogenannten Europäischen Aufbauplan, aufgenommen und dieses Geld den Mitgliedstaaten unter gewissen Kriterien zur Verfügung gestellt hat. Rund 750 Milliarden Euro wurden ausgeliehen, und die müssen wir zurückzahlen. Der Rückzahlungsprozess beginnt 2026 und läuft bis 2058. Und wenn Sie sich dann ansehen, dass wir pro Jahr beim derzeitigen Zinsniveau zwischen 20 und 30 Milliarden Euro abgeben müssen, dann fehlen uns diese Rückzahlungsbeträge natürlich im EU-Haushalt. Die Zinsrückzahlungen befinden sich nämlich wiederum im Haushaltsplan. Der Jahreshaushalt für 2025 umfasst knapp unter 200 Milliarden Euro. Wenn Sie 20 Milliarden zurückzahlen müssen, fehlen Ihnen im nächsten Haushaltsjahr schon mal zehn Prozent. Sollte das Zinsniveau steigen, können daraus auch schnell 25 Milliarden werden. Ausserdem möchte die EU die Mitgliedstaaten dazu bewegen, ihre Eigenmittel zu erhöhen. Die Eigenmittelprozesse sind ja die Finanzierung der EU – alle EU-Mitgliedstaaten müssen einen gewissen Anteil ihres Etats, derzeit rund ein Prozent, an die EU überweisen. Und der soll wohl erhöht werden, auf 1,3 bis 1,5 Prozent. Das Problem dabei ist: Das Geld, das nach Brüssel überwiesen werden muss, fehlt im Haushalt des entsprechenden Mitgliedstaats. Und darüber wird es eine grosse Debatte geben, denn wie soll sich das dauerhaft finanzieren lassen, wenn schon jetzt alles auf wackligen Beinen steht?

Aber nun zu «ReArm Europe»: Dieser Wiederbewaffnungsplan dient dazu, den Mitgliedstaaten einen Grossteil der Finanzierungslasten, ungefähr 650 Milliarden Euro, aufzubürden. Darüber hinaus sollen 150 Milliarden Euro durch gemeinsame Anleihen – ähnlich wie bei Next Generation EU – unter der Bedingung gemeinsamer Waffenbeschaffung an die Mitgliedstaaten ausgegeben werden. Im Gegenzug lockert man die Kernregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, damit die Mitgliedstaaten ihre Defizite ganz offiziell erhöhen dürfen. Sollten sich die USA tatsächlich aus Europa weitestgehend zurückziehen und sogar die NATO aufgeben – da hätte ich nichts dagegen – dann müssten sich die europäischen Staaten natürlich um eine eigene Sicherheitsarchitektur kümmern. Und die – das möchte ich ganz dick unterstreichen – kann selbstverständlich nur der Verteidigung und nicht dem Angriff dienen. Die Gretchenfrage ist allerdings, ob man jetzt auf einmal so viel Geld in Rüstung investieren soll oder ob es nicht besser wäre, mit all dem Geld die gesamtgesellschaftliche Lage sowie die Infrastruktur innerhalb der EU zu verbessern. Ein Wettrüsten hilft den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande nicht. Die NATO hat den Löwenanteil an der Ursache des Ukraine-Konflikts, deshalb sollte man gerade jetzt auf Diplomatie setzen.

TN: Hat die Europäische Union noch weitere Einnahmequellen?

EM: Die EU hat eigentlich wenige Eigenmittel. Der Haushalt der EU finanziert sich zum einen aus Zöllen und Abgaben. Das sind ungefähr 10 bis 15 Prozent des EU-Haushalts. Und dann muss jeder Mitgliedstaat gemessen am Bruttonationaleinkommen sogenannte Eigenmittel – der Höchstsatz läge derzeit bei 1,4 Prozent – an die EU überweisen, das macht rund 68 bis 70 Prozent des EU-Haushaltes aus. Dann gibt es noch neuere Einnahmequellen, die die Europäische Union selbst generieren und direkt einnehmen darf, zum Beispiel das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM), bei dem die EU CO₂-Zertifikate an Unternehmen ausgibt. Dazu kommt noch die Plastikabgabe, aber die ist marginal, das sind 0,80 Euro pro Kilogramm nicht recyceltem Plastikmüll. Der Löwenanteil ist tatsächlich der Prozentsatz, den die Mitgliedstaaten aufgrund ihres Bruttoinlandsprodukts nach Brüssel überweisen müssen. Wenn die EU so viel in die Verteidigung investieren will, obgleich man die «Corona»-Schulden bis 2058 zurückzahlen soll, dann muss die Finanzierungsfrage gestellt werden.

TN: Welchen Einfluss haben Vermögensverwalter, wie zum Beispiel BlackRock, auf Brüssel?

EM: Ich kann nur sagen, dass solche Investmentgesellschaften mit Sicherheit an etlichen EU-Projekten beteiligt sind. Nur wie viel das prozentual ausmacht, das weiss ich nicht. Aber weil Sie BlackRock ansprechen: Friedrich Merz hat nun die Gelegenheit, die BRD zu verkaufen. Insofern ist die Finanzierungsfrage vielleicht auch wieder geklärt. Solche entscheidenden Fragen kommen im Bundestagswahlkampf leider kaum zur Sprache. Im Wahlkampf pochte Merz auf die Schuldenbremse – und jetzt? Jetzt interessiert das Geschwätz von gestern niemanden mehr.

TN: Ist die EU unabhängig genug, um mit der eigenen Bevölkerung zu arbeiten? Oder geht es doch so weiter wie seit 2020, als man dem Volk mit «Corona» den Krieg erklärt hat?

EM: Meinen Sie, dass die EU demokratischer würde, dass die Bürger etwas mitzuentcheiden hätten? Ich wünsche mir das, leider sehe ich es derzeit nicht. Denn die obersten Vertreter dieser Union, wie Ursula von der Leyen, gehören ja zu diesen Clubs, diesen internationalen Kartellen.

Es gab Urteile, sogar vom EuGH, die besagen, dass Frau von der Leyen die Dokumente zu den Impfstoffvereinbarungen nicht ausreichend offengelegt hat. Aber das hat alles kaum Auswirkungen. Diese Vertreter und Repräsentanten sind eben Teil des Ganzen. Die Kommissionsanwälte haben sofort Rechtsmittel gegen die Entscheidung des General Courts eingelegt. Politiker wissen, wie der Wind weht und dreht, was sie sagen und was sie nicht sagen dürfen, das wird ihnen auch durch die Medien vorgegeben. Und deswegen ist die EU nicht wirklich unabhängig oder eigenständig.

TN: Wie sehen Sie die Rolle der EU während der Plandemie?

EM: Die EU-Institutionen sind Komplizen und Mittäter, das ist eindeutig. Das war die grösste Ernüchterung, dass man das anhand dieser Simulation im Jahr 2019, dem Event 201, wirklich international so durchzieht. Das ist die Bundesliga der organisierten Kriminalität.

Kein Mensch ist unfehlbar, nur die Grenze muss halt jeder für sich selbst festlegen. Wenn mir jemand gesagt hätte, du musst bei dem ganzen «Pandemie»-Zeugs mitmachen, dann wäre ich eben zurückgetreten. Viele waren mutig, aber die wurden dann von staatlicher Seite her klein gehalten. Das ist nicht mit unseren Werten vereinbar, das ist totalitär. Und das ist genau das, was US-Vize J.D. Vance in seiner Rede in München zum Ausdruck gebracht hat. Er hat ja auch gesagt, wenn europäische Politiker Angst vor ihren eigenen Wählern haben, dann kann Amerika nichts mehr für die EU tun. Vielleicht ist das tatsächlich eine Rückbesinnung darauf, auf welchen Fundamenten die US-Demokratie steht.

TN: Wie kann eine grundsätzliche Veränderung, ein Paradigmenwechsel, in der Europäischen Union stattfinden? Sehen Sie neue, zukunftsweisende Kräfte?

EM: Ein Paradigmenwechsel könnte meiner Ansicht nach von unten erfolgen, also aus der Bevölkerung heraus. In Deutschland gibt es schon mal ein Fünftel der Wähler, die eine Partei wählen, der ich mich nicht unbedingt zuordne, aber deren Meinung komplett unterdrückt wird. Das ist völlig undemokratisch. Wenn man nur irgendwie erwähnt, dass die AfD oder die FPÖ einen richtigen Standpunkt vertreten, ist man sofort in einer Ecke, in die viele Menschen nicht hingehören.

Sie haben mich ja gefragt, wie man die EU verbessern kann, also ich sage: Ein Fünftel bis ein Drittel der Bürger denken schon anders, vielleicht werden es ja mal mehr.

Deswegen finde ich, hätte es auch das BSW im Deutschen Bundestag gebraucht. Ganz unabhängig davon, wie das intern beim BSW läuft, aber die Meinungen, die das BSW mit Sahra Wagenknecht vertritt, sollten im Deutschen Parlament gehört werden.

Vielleicht kann sich das, so wie immer, durch den Einfluss der US-Amerikaner verändern. Wenn die neue Elite – sprich Donald Trump, J.D. Vance, Tulsi Gabbard, oder auch Robert F. Kennedy Jr. – «Corona» in den USA aufarbeiten, dann wird das früher oder später nach Europa schwappen. Die Frage ist nur, wann?

Ansonsten muss ich ganz ehrlich sagen – das klingt jetzt sehr dystopisch: Aber wenn uns der liebe Gott nicht hilft, dann weiss ich nicht, wie wir den Spiess hier noch mal umdrehen können. Mit «wir» meine ich jeden Bürger, der sich für Demokratie einsetzt.

Mit den Repräsentanten, die wir derzeit bei der EU haben – wenn man hofft, dass Ursula von der Leyen, Kaja Kallas, Antonio Costa oder gar Friedrich Merz, Olaf Scholz, Karl Lauterbach oder ein Jens Spahn und eine Nancy Faeser irgendwas zum Besseren verändern, dann ist es wahrscheinlich sinnvoller, an den Weihnachtstmann zu glauben, da haben Sie mehr Spass dabei.

TN: Ist die EU also nicht mehr reformierbar?

EM: Das kommt darauf an: Wenn Sie Menschen an den Positionen hätten, die das Herz am richtigen Fleck haben, dann brauchen Sie gar nicht reformieren, weil dann machen die intuitiv oder instinktiv die richtigen Dinge, und das ist gut für alle. Aber diese Personen haben wir nicht.

Natürlich könnten wir die EU reformieren. Es gibt dazu genügend Literatur in sämtlichen EU-Sprachen, ganze Bibliotheken, über das demokratische Defizit der Europäischen Union, das dadurch entsteht, dass die Kommission kein gewähltes Organ ist, aber das Gesetzesinitiativrecht hat. Die Exekutive macht also die Gesetze, das ist ein grober Verstoß gegen die Gewaltenteilung. Und die Legislative, also das gewählte EU-Parlament, darf an dem Gesetzesvorschlag der Kommission noch ein bisschen rumfeilen, sprich Änderungsanträge einbringen, und dann geht das ganze Ding in den Rat, da sitzen wiederum nur Minister oder Staatsbeamte.

TN: Es wird öfters über Frieden in der Ukraine gesprochen. Dreht der Wind?

EM: Der Wind wird ausschliesslich von den Grossmächten gedreht, und das sind die USA und Russland. Und zu den Konditionen, zu denen sich diese beiden Grossmächte einigen, wird das dann auch stattfinden. Ob Wolodymyr Selensky mitmachen will oder nicht, ist dann völlig egal.

Und wenn alle Grossmächte Frieden wollen, nur die EU nicht, die ja militärisch keine Grossmacht ist, dazu hat Trump ja schon gesagt: Wenn die EU einen Krieg mit Russland haben wolle, könne sie den haben. Das dauert dann aber nicht lange. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen.

Wenn die Grossmächte sagen, es wird Frieden geben, dann darf die EU den Wiederaufbau mitfinanzieren. Die USA vertreten ihre Interessen, die Ukraine zahlt in Rohstoffen zurück. Die EU ist dann wie so oft zweiter «Sieger» und darf sich damit auseinandersetzen, wie man ein kriegsgebeuteltes Land eventuell irgendwie in diese Union inkorporieren könnte.

Mein Vorschlag, wenn ich jetzt aussenpolitischer Vertreter der EU wäre, dann würde ich erst mal diese drei Punkte, die ich vorher genannt habe, verfolgen: Die Ukraine erklärt gegenüber Russland, dass sie niemals NATO-Mitglied wird. Die Gebiete, die Russland erobert hat, vom Donbass/Donetsk über die anderen drei

Regionen, Cherson, Luhansk, Saporischschja, bis zur Krim, gehen an Russland. Und um wirtschaftlichen Handel mit der Ukraine tätigen zu können, würde ich eine EFTA-Mitgliedschaft vorschlagen. So könnte man sich wirtschaftlich erst mal annähern, ohne dass das Land die Kopenhagen-Kriterien erfüllen muss. Und wie es dann in 20 Jahren aussieht, wird man sehen.

TN: Wie könnte man die EU verbessern?

EM: Was ich generell vermisse, ist, dass die Kernländer der EU, die sechs Gründungsmitglieder, wieder mehr zusammenhalten, und damit meine ich natürlich insbesondere Frankreich und Deutschland. Ich finde es wirklich schade, dass diese deutsch-französische Achse in den letzten Jahren so abgenommen hat. Wenn Deutschland und Frankreich sich einig wären und eine gemeinsame, diplomatische Linie hätten, die dann vielleicht von den Italienern, Spaniern und von den Benelux-Ländern mitgetragen würde, dann wären wir stärker.

Sollte die NATO zerfallen, braucht die EU natürlich eine andere Sicherheitsarchitektur – das möchte ich gar nicht negieren – aber, wie gesagt, zur Verteidigung, nicht zum Angriff. Und wenn die Kernländer sich darauf fokussieren würden, dass zwischen der Ukraine und Russland erst mal ein Waffenstillstand und dann Frieden herrscht, dann könnte man auch die baltischen Länder und Polen davon überzeugen. Wenn die Kernländer der EU sich in dieser Frage einig wären, hätten sie auch viel mehr Verhandlungsmasse, um das den neueren EU-Mitgliedstaaten zu vermitteln.

1957 haben Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, und dieses Kern-Europa war einfach schon 47 Jahre zusammen, bevor die anderen kamen. Und das müssten die Neuhinzugekommenen vielleicht auch mal akzeptieren.

TN: Also eine Art Rückbesinnung auf die Ursprünge der EU?

EM: Es ist interessant, wie sich jetzt der Kreis schliesst, denn was war denn Europa ursprünglich? Es ging um ein Friedensprojekt. Der Samen für diese EU entstand aus diesem verheerenden Zweiten Weltkrieg, als Europa am Boden lag.

Und es ist doch klar, kein Oligarch kämpft vorne an der Front, sondern es erwischt wieder nur den Durchschnittsbürger, der mit Gewalt von irgendwelchen Militärpolizisten oder Desperados abgeholt und im Krieg verheizt wird.

TN: In welche anderen Bereiche statt Aufrüstung sollte die EU investieren?

EM: Beim ReArm-Programm der EU geht es um insgesamt 800 Milliarden Euro – dabei gibt es eine ganz einfache Frage: Wie finanzieren wir das und wo sparen wir ein? Die Folge wird sein, dass soziale Leistungen gekürzt werden, Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten nicht mehr entsprechend finanziert werden können.

Und da auch der Verteidigungsetat der Bundesrepublik erhöht wird, bedeutet das, dass Deutschland den Bürgerinnen und Bürgern dramatische Sparpakete auferlegen muss.

Stattdessen könnten wir zum Beispiel in den grenzüberschreitenden Bahnverkehr investieren. Da würde eine gewisse Harmonisierung tatsächlich Sinn machen. Ausserdem sollten wir grundsätzlich wieder mehr auf das Subsidiaritätsprinzip setzen. Das heisst, Dinge, die man vor Ort lösen kann, sollte man auch die Gremien vor Ort lösen lassen. Wir haben jetzt zum Beispiel einen Kommissar für Wohnungsbau auf EU-Ebene. Ich bezweifle, dass er den Markt in Budapest, Bukarest, Madrid, München und in Wien so gut einschätzen kann, dass er über die Europäische Union eine Verbesserung erzielt. Das können die Bürgermeister der jeweiligen Städte besser.

TN: Probleme sollten also wieder mehr auf regionaler Ebene gelöst werden. Da sind wir bei der Frage, was die EU denn eigentlich ist?

EM: Die EU sollte grundsätzlich immer versuchen, für die rund 450 Millionen Einwohner eine Verbesserung herbeizuführen. Statt dem ganzen Vorschriftswust aus Brüssel sollte gelten: Weniger ist mehr.

Also dort, wo wir die EU brauchen, zum Beispiel bei Zöllen oder Agrarpolitik – damit haben sich viele europäische Landwirte auseinandergesetzt und angefreundet. Die EU spricht oft von einem «Level Playing Field», und in der Agrarwirtschaft mag das gar nicht so unvorteilhaft sein. Stichwort Mercosur: In Südamerika wird zu Konditionen produziert, die in der EU verboten sind, aber diese Produkte, dürfen dann in die EU eingeführt werden. Und da sagen unsere Landwirte zu Recht, das geht nicht. Solchen Aufgaben könnte sich die EU schon widmen, weil sie dann nämlich für die Landwirte aller 27 Länder spricht. Aber die EU ist ja für Mercosur. Hier könnte man tatsächlich einen Mediator brauchen, der die Landwirte anhört und sagt, wenn wir so ein Abkommen machen wollen, wie können wir es denn derart gestalten, dass ihr nicht zu eurem Nachteil produzieren müsst und dass wir aus EU-Sicht trotzdem noch einen Vorteil erzielen können.

Da gäbe es schon etwas zu tun, im Sinne der Bürger und auch der kleineren Interessengruppen. Es gäbe so viele gute Dinge, die man tun könnte, aber man müsste auch wollen.

Und es gibt genügend Menschen, die sich auf der Mikroebene gefunden haben und ihr Leben anders gestalten. Bloss das Problem ist, dass wir in der Politik und der Gesellschaft zu wenig mitbestimmen.

TN: Was können die Bürger tun?

EM: Viele machen ja schon etwas. Ich bezahle zum Beispiel oft mit Bargeld. Aber uns gegenüber steht die grosse Investmentgesellschaft BlackRock. Das ist ja nicht mal mehr David gegen Goliath. Man darf sich natürlich auch nicht komplett entmutigen lassen. Wir können ja nichts anderes tun als weitermachen. Ich ziehe gerne Vergleiche zum Sport: Nach einer 5 zu 1 Niederlage braucht man nichts schönzureden. Und natürlich ist dann die Aufgabe, dass man aus dieser Niederlage zurückkommt und sagt, beim nächsten Mal muss es ja irgendwie wieder besser werden.

Es ist derzeit zu früh, um ein Resümee zu ziehen, denn diese neue Zeitenwende ging auf der Sicherheitskonferenz oder mit der Wahl Donald Trumps gerade erst los. Vielleicht sollten wir uns in zwei Jahren noch mal darüber unterhalten, was sich denn verändert hat, vielleicht sieht es dann wieder positiver aus – BRICS würde den Rahmen unseres Gesprächs sprengen.

Aber ein kleines Werkzeug möchte ich noch erwähnen: die Europäische Bürgerinitiative. Man braucht insgesamt eine Million Unterschriften aus sieben EU-Ländern. In jedem einzelnen Land muss man unterschiedliche Schwellenwerte erfüllen – in Österreich brauchten Sie 14'400 Unterschriften, in Deutschland 69'120 und so weiter.

Da müsste unsere Basis kreativ werden und sagen, hier brennt es. So eine Initiative möchte erreichen, dass die EU-Kommission eine Gesetzesvorlage zu einem gewissen Thema macht. Als Antwort müsste die Kommission zumindest verlautbaren, warum sie dieses Gesetzesvorhaben nicht einbringen will. Die würden schon einen Grund finden, warum sie uns abschmettern, aber damit könnte man die Kommission auch ein bisschen vor sich hertreiben. Bei den «Corona»-Demos waren tolle Menschen dabei, die gut organisieren können, und der deutschsprachige Raum ist seit «Corona» relativ gut vernetzt. Wenn man das auf andere Länder ausweitet und juristisch kreativ vorgeht, könnte man auf dieser Ebene die EU-Kommission ein bisschen unter Druck setzen.

Das Interview führte Sophia-Maria Antonulas. Quelle: <https://transition-news.org/eu-vom-friedens-zum-kriegsprojekt>



Das Corona-Notspital in den Berliner Messehallen für 488 Betten blieb leer. © Baunetz-Wissen

Berliner Corona-Notspital kostete 90 Millionen Euro für nichts Das in Rekordzeit gebaute Spital hat keinen einzigen Patienten gesehen. Die anderen Spitäler waren nie überlastet.

Alexander Schyska, Red. Der Autor ist pensionierter Lehrer für Deutsch und Geschichte in Berlin.

Zur feierlichen Eröffnung des Notspitals in den Berliner Messehallen versammelten sich am 11. Mai 2020 Hunderte: Journalisten, Fotografen, Kamerteams, Abgeordnete und geladene Gäste – sogar ein General der Bundeswehr. Bundespräsident Steinmeier liess sich ein paar Tage später blicken. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) meinte, andere Städte würden Berlin wohl um diese Spitalreserve beneiden.

Auf 10'901 Quadratmetern entstand mithilfe der Bundeswehr und des Technischen Hilfswerks ein provisorisches Spital mit maximal 488 Betten. Drei Kilometer mechanische Träger wurden installiert und insgesamt 103 Kilometer Kupferrohre für Sauerstoffleitungen, Elektroleitungen und Netzkabel verlegt. Eine Behandlung intensiv- oder beatmungspflichtiger Patienten war zwar nicht vorgesehen. Trotzdem wurden Beatmungsgeräte sowie ein Computertomographie-Gerät angeschafft.

Offensichtlich wollten die Berliner die Chinesen nachahmen, wo innerhalb kürzester Zeit provisorische Spitäler gebaut wurden. Dies trotz der Tatsache, dass von über 20'000 Spitalbetten in Berlin noch im Mai nur 2,5 Prozent mit positiv getesteten Patienten besetzt waren. Am Ende des Jahres 2020 waren es 7,5 Prozent. Nachdem auch im Jahr 2021 die anderen Spitäler genügend Betten hatten und benachbarte Bundesländer wie Brandenburg oder Thüringen keine Covid-Patientinnen und -Patienten nach Berlin schickten, wurde das «Corona-Behandlungszentrum Jafféstrasse (CBZJ)» – so der offizielle Titel – ganz ohne Pomp und Presserummel stillgelegt.

Patientinnen und Patienten hat das Spiel nie gesehen.

Offensichtlich hatten sich die Behörden mit ihren täglich publizierten «Fallzahlen» selber in Panik versetzen lassen. Dabei war von Anfang an klar, dass es sich bei diesen «Fallzahlen» lediglich um positiv Getestete, aber nicht um Erkrankte handelte. Die meisten positiv Getesteten bekamen keine oder nur Erkältungssymptome. Das Risiko einer Spitalbehandlung bestand hauptsächlich für betagte Personen, die an Begleiterkrankungen litten.

Der pensionierte Chirurg Wolfgang Albers, Mitglied der «Die Linke», beschrieb diese Berliner Posse und kommentierte auf «unsere-zeit.de»:

«Hatten sich bei der Einweihung noch alle stolz fotografieren lassen, beim peinlichen Abbau war keiner dabei. Konsequenzen wurden aus der mehr als 90 Millionen Euro teuren Narretei keine gezogen.

Den Berliner Kliniken fehlen nach wie vor die notwendigen Gelder, sich durch einfache Massnahmen wie den Einbau von Schleusen und Trennwänden in den Zimmern dauerhaft pandemiefest zu machen. Auf die Anfrage, warum im nächsten Landeshaushalt keine entsprechenden Mittel eingestellt sind, verweigert der Berliner Senat die Auskunft.»

«Europa ist jetzt eine Diktatur» – Georgescu von Wahlen ausgeschlossen

uncut-news.ch, März 10, 2025



Calin Georgescu spricht zu den Medien, nachdem er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen in Bukarest, Rumänien, am 7. März 2025 angemeldet hat.

© Xinhua / Cristian Cristel

Calin Georgescu, der Spitzenkandidat für die rumänischen Präsidentschaftswahlen, wurde von der Wahlkommission von der Kandidatur ausgeschlossen. In einer scharfen Reaktion bezeichnete er die EU als «Diktatur» und Rumänien als «Tyrannei».

Nachdem das Zentrale Wahlbüro (BEC) in Bukarest seine Bewerbung für die Wahlwiederholung abgelehnt hatte, äusserte sich Georgescu auf X:

«Ein direkter Schlag gegen die Demokratie weltweit! Wenn die Demokratie in Rumänien fällt, fällt die gesamte demokratische Welt. Dies ist nur der Anfang. Europa ist jetzt eine Diktatur, Rumänien eine Tyrannei!»

Einsprüche und umstrittene Begründung

Das BEC begründete seine Entscheidung mit über 1000 Einsprüchen gegen Georgescu, die sich vorwiegend auf seine angeblich «antidemokratische» und «extremistische» Haltung bezogen. In der offiziellen Begründung heisst es, er habe die «Regeln des Wahlverfahrens nicht eingehalten» und somit gegen die Pflicht verstossen, die Demokratie zu verteidigen.

Dabei galt Georgescu als klarer Favorit, lag in Umfragen zwischen 40% und 45% und hatte bereits im vergangenen November die erste Runde der Wahlen mit 23% der Stimmen überraschend gewonnen. Doch das rumänische Verfassungsgericht annullierte das Ergebnis umgehend, unter Verweis auf «Unregelmässigkeiten» und angebliche russische Einflussnahme.

Zusammenstösse zwischen Anhängern und Polizei

Die umstrittene Entscheidung führte zu Ausschreitungen vor dem Wahlamt in Bukarest. Wütende Anhänger Georgescus versuchten, die Polizeisperren zu durchbrechen, woraufhin die Ordnungskräfte mit Tränengas und Pfefferspray reagierten.

Politische Verfolgung oder legitime Anklage?

Georgescu, ein Kritiker der NATO und der EU sowie Gegner von Ukraine-Hilfen, sieht sich seit Monaten massiven Vorwürfen ausgesetzt.

Vergangenen Monat wurde er verhaftet und angeklagt, weil er angeblich «faschistische, rassistische und fremdenfeindliche Ideologien» gefördert sowie «anti-konstitutionelle Aktivitäten» geplant habe. Er weist alle Vorwürfe als politisch motiviert zurück und spricht von einem Angriff des «rumänischen Deep State».

Zusätzlich gibt es Berichte über eine Ermittlung zu Unregelmässigkeiten im Wahlkampf. Interessanterweise sollen die «Unregelmässigkeiten» von einer Beratungsfirma der pro-westlichen Nationalen Liberalen Partei (PNL) ausgegangen sein – ironischerweise mit dem Ziel, einen anderen Kandidaten zu schwächen, wobei Georgescu versehentlich gestärkt wurde.

Rumänische Medien berichten zudem, dass er verdächtigt wird, gegen Wahlkampffinanzierungsgesetze verstossen zu haben, da er angeblich Spenden von wohlhabenden Geschäftsleuten nicht deklariert hat.

Georgescu selbst hält dies für einen Vorwand, um ihn aus dem Rennen zu drängen. Er fordert sogar US-Präsident Donald Trump auf, ihm zu helfen.

Demokratie oder Diktatur?

Während Georgescus Ausschluss von Kritikern als Staatsstreich im «sowjetischen Stil» bezeichnet wird, verteidigen seine Gegner die Entscheidung als notwendig, um extremistische Einflüsse zu verhindern.

Fest steht: Die Geschehnisse in Rumänien werfen schwere Fragen über den Zustand der Demokratie in der EU auf. Ist dies ein legitimer Schutz vor Extremismus – oder die gezielte Ausschaltung eines unliebsamen Kandidaten?

Quelle: 'Europe is now a dictatorship' – Georgescu

Quelle: <https://uncutnews.ch/europa-ist-jetzt-eine-diktatur-georgescu-von-wahlen-ausgeschlossen/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

12.03.2025



Indische Baumwollpflückerin
©depositphotos.com/de

Moderne Sklaverei: Baumwolle pflücken für einen Hungerlohn
Billig-Mode beginnt oft mit Zwangs- und Kinderarbeit. Eine kürzlich publizierte
Untersuchung zeigt dies am Beispiel Indiens.

Martin Born/Hannes Britschgi

Die moderne Sklaverei basiert auf einem einfachen Prinzip: Die Arbeiter verdienen so wenig (zwei Franken pro Tag), dass sie bald einmal gezwungen sind, bei ihrem Arbeitgeber einen Kredit aufzunehmen. Um den zurückzahlen zu können, müssen auch ihre Familien auf der Farm arbeiten, Kinder eingeschlossen. Bevor der Kredit zurückbezahlt ist, ist eine Kündigung unmöglich. Die spanische Tageszeitung «El País» berichtet über eine zweijährige Untersuchung der Nichtregierungsorganisation (NGO) Transparentem, die sich zur Aufgabe gemacht hat, Missstände in globalen Lieferketten aufzudecken. Sie nennt als Beispiel einen 35-jährigen Arbeiter, der auf diese Weise seit seinem zehnten Lebensjahr auf einer 3,6 Hektaren grossen Farm seine Schulden abträgt. Einer Farm, die an die Lieferkette von Pratibha Syntex angeschlossen ist.

Pratibha Syntex ist der grösste Lieferant von Bio-Biobaumwolle in Indien. Seine Vision: «Weltmarktführer für nachhaltige Textilprodukte und -praktiken zu sein.» Auf enge Beziehungen zu Ausbeuter-Farmen weist der Bericht auch bei der Remei Group mit Sitz in Rotkreuz («Spezialistin für eine nachhaltige Wertschöpfungskette von der Faser bis zum Fertigtextil»).

Infosperber wollte wissen, was die Remei AG auf die Kritik der NGO Transparentem zu sagen hat. Das Unternehmen beklagt, dass Transparentem bisher keine konkreten Vorwürfe vorgelegt habe, die belegen würden, mit welchen ausbeuterischen Farmen Remei geschäftet. Transparentem schreibt auf ihrer Webseite, dass sie aus Vertraulichkeitsgründen keine konkreten Infos offenlege. Es gehe darum, die Quellen vor Vergeltung zu schützen. Im Wissen, dass der Baumwollsektor von Madhya Pradesh als Hochrisikogebiet für fairen Anbau einzustufen ist, hat Remei seit Jahrzehnten eigene, direkte Handelsbeziehungen mit Kleinbauern vor Ort aufgezogen. «Mit unserem Geschäftsmodell wollen wir aktiv dazu beitragen, die Risiken für Kleinbauern und ihre Familien zu reduzieren.»

Kampf gegen den Missbrauch hat begonnen

Transparentem hat zahlreiche Firmen, die mit indischen Zwangsarbeiterfarmen in Verbindung gebracht werden, konfrontiert. Einige von ihnen, darunter H&M und Inditex (Besitzerin von «Zara») haben darauf reagiert und sind der Fair Labor Association (FLA) beigetreten. «Die FLA ist ein Zusammenschluss von Universitäten, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen und verfolgt das Ziel, Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen weltweit zu verbessern» (Wikipedia).

Was die Zusammenarbeit mit der FLA bedeutet, erklärt das spanische Modeunternehmen gegenüber «El País» so: «Wir arbeiten mit mehr als 20 Marken, sozialen Organisationen und lokalen Lieferanten zusammen, um einen gemeinsamen Sanierungsplan für Baumwollfelder in 32 Dörfern im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh zu erstellen. So wollen wir Schutzmassnahmen für die Arbeiter und ihre Familien zu fördern.»

Uigurische und kasachische Zwangsarbeit

Noch mehr Baumwolle als in Indien wird in China produziert. Geschätzte 84 Prozent der chinesischen Baumwolle (20 Prozent der Weltproduktion) wird in der Region Xinjiang im Nordwesten des Landes hergestellt. Es gibt Beweise, dass Uiguren und Kasachen im Rahmen von «Ausbildungsprogrammen» auf Baumwollfeldern Zwangsarbeit verrichten. In den USA gilt seit zwei Jahren ein Importverbot für bestimmte Produkte aus dieser Region. Laut «El País» wurden seither 30'000 Produkte aus dieser Region beschlagnahmt. Indien und China mögen führend sein bei der heutigen Sklaven- und Kinderarbeit, aber sie sind nicht allein. Laut Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation werden bei der Ernte in über 18 Ländern Kinder und Zwangsarbeiter eingesetzt, 71 Prozent der Kinderarbeit entfallen auf die Landwirtschaft. Europäische Union und UNO kämpfen seit 2019 mit der Initiative «Clear Cotton» gegen den Missstand. Ihre Erfolgsbilanz: Sie hätten in den letzten drei Jahren die Ausbeutung von zwei Millionen Minderjährigen in Usbekistan verhindert.

Sehr billig kann nicht fair sein

In einer Branche wie der Textilindustrie reiche dies allerdings nicht aus, hält «El País» fest. Intransparenz sei ein fester Bestandteil des Systems und die Lieferketten seien durch endlose Zwischenhändler geprägt. Sie würden die «Realität verzerren, eine Realität, die manchmal ignoriert wird, um die Produktionskosten niedrig zu halten.» Deshalb müsse der Verbraucher handeln: «Er sollte auf den Preis achten; ein sehr billiges Kleidungsstück ist kein fair hergestelltes Kleidungsstück».

Ärzte schlagen Alarm: Covid-Booster weckt tödliches Virus Doctors Issue Red Alert as Covid «Boosters» Begin «Awakening» Deadly Virus

März 10, 2025

Ärzte haben eine dringende Warnung ausgesprochen, nachdem sie festgestellt haben, dass Covid-mRNA-«Auffrischungsimpfungen» bei Geimpften ein tödliches Virus aktivieren können.

Eine Gruppe von Mediziner*innen bestätigt, dass die Covid-mRNA-Impfstoffe eine latente Tuberkulose (TB)-Infektion aus dem Ruhezustand wecken können. Schätzungen zufolge tragen etwa 25% der Weltbevölkerung eine schlafende TB-Infektion in sich. Da diese keine Symptome verursacht, bleibt sie den meisten Menschen völlig unbekannt. Solange die Infektion latent bleibt, stellt sie kein Gesundheitsrisiko dar. Dennoch erkranken jedes Jahr weltweit rund 8 Millionen Menschen an Tuberkulose, von denen über eine Million sterben.



Nun haben Ärzte bestätigt, dass Covid-mRNA-Booster das ruhende Bakterium reaktivieren und schwerwiegende, potenziell tödliche Symptome hervorrufen können. Der Alarm wurde ausgelöst, nachdem ein 47-jähriger Mann nach der Impfung eine aggressive Form der Tuberkulose entwickelte. Sein Fall wurde im «Journal of Medical Case Reports» veröffentlicht.

Plötzlicher Ausbruch nach Booster-Impfung

Der betroffene Patient wusste nichts von seiner latenten Tuberkulose. Doch fünf Tage nach seiner Covid-Auffrischungsimpfung traten plötzlich schwere Symptome auf: Fieber, extreme Müdigkeit und nächtliche Schweißausbrüche. Untersuchungen ergaben, dass sein durch die Impfung stimuliertes Immunsystem die ruhende TB-Infektion zu aggressiv bekämpfte. Diese Überreaktion führte zu Entzündungen und dem Aufblenden der Krankheit. Die Ärzte diagnostizierten ein Tuberkulose-Immunrekonstitutionsentzündungssyndrom (TB-IRIS).

Es handelte sich um den ersten dokumentierten Fall von durch eine Impfung ausgelöstem TB-IRIS in Verbindung mit einem Covid-Booster. Der Patient wurde mit hoch dosierten Steroiden behandelt, um die überschiessende Immunreaktion zu dämpfen. Die Medikation wurde über mehrere Wochen hinweg schrittweise reduziert.

Dramatischer Anstieg der Tuberkulosefälle

In den vergangenen vier Jahren ist die Zahl der Tuberkulosefälle weltweit massiv angestiegen. Im Jahr 2023 wurde TB zur häufigsten tödlichen Infektionskrankheit – und ist es bis heute geblieben.

Der betroffene Patient hatte die Ärzte ursprünglich wegen Schmerzen in den Händen und Fingern aufgesucht. Erste Untersuchungen führten zu der Diagnose einer rheumatoiden Arthritis, einer Autoimmunerkrankung, die Entzündungen, Schmerzen und Steifheit in den Gelenken verursacht. Zur weiteren Abklärung wurde eine Röntgenaufnahme des Brustkorbs angefertigt und ein Tuberkulostest durchgeführt – beide Ergebnisse waren negativ.

Seine Ärzte verschrieben ihm daraufhin zwei gängige Medikamente zur Behandlung seiner Arthritis. Wenig später erhielt der Mann zwei Dosen des mRNA-Impfstoffs von Pfizer im Abstand von vier Wochen.

Eskalation nach der dritten Impfung

Sechs Monate nach Beginn seiner Arthritisbehandlung entwickelten sich neue Symptome: Kopfschmerzen, Nachtschweiß, Fieber sowie geschwollene Lymphknoten im Nacken. Eine CT-Untersuchung zeigte beidseitig entzündete Lymphknoten. Die Ärzte setzten daraufhin seine Arthritis-Medikamente ab und entnahmen eine Gewebeprobe – das Ergebnis: Tuberkulose.

Fünf Tage nach Beginn der TB-Behandlung mit vier Medikamenten besserten sich die Symptome. Doch dann erhielt der Patient eine dritte Covid-mRNA-Auffrischungsimpfung. Kurz darauf kehrten die Tuberkulose-Symptome zurück – diesmal noch heftiger, mit starkem Schüttelfrost, hohem Fieber und übermässigem Schwitzen.

Die Ärzte erklärten in ihrem Fallbericht:

«Wir vermuten stark, dass die durch den mRNA-Booster-Impfstoff ausgelöste Immunreaktion zur Entwicklung des IRIS-Syndroms bei diesem Patienten geführt haben könnte.»

TB-IRIS tritt auf, wenn ein geschwächtes Immunsystem nach einer Immunstimulation überreagiert und nicht mehr zwischen fremden Erregern und körpereigenem Gewebe unterscheiden kann. Diese überschiessende Reaktion führt zu massiven Entzündungen, die die Behandlung der Tuberkulose erschweren.

Keine standardisierte Behandlung für TB-IRIS

Die Ärzte behandelten den Patienten mit Steroiden, um die Entzündung zu reduzieren. Über einen Zeitraum von drei Monaten wurden die Medikamente langsam ausgeschlichen, während er über ein Jahr lang Tuberkulosemedikamente einnahm. Nach 18 Monaten war er symptomfrei und konnte seine Arthritis-Medikamente wieder nehmen.

TB-IRIS kann schwer zu diagnostizieren sein, da die Symptome einer aktiven Tuberkulose ähneln – Fieber, geschwollene Lymphknoten und Gelenkschmerzen. Zudem gibt es keine allgemein anerkannte Therapie. Studien deuten darauf hin, dass Steroide helfen können.

In diesem Fall wurde der Patient zunächst fünf Tage lang intravenös mit Methylprednisolon behandelt, anschliessend nahm er drei Monate lang eine Tablettenform des Medikaments ein. Zusätzlich erhielt er über ein Jahr hinweg TB-Medikamente. Bei seiner Nachuntersuchung nach 18 Monaten waren alle Symptome verschwunden.

Beunruhigende Hinweise auf Immunschäden durch mRNA-Impfstoffe

Menschen mit geschwächtem Immunsystem haben ein erhöhtes Risiko für schwere Tuberkulose-Verläufe, da ihr Körper die Infektion nicht ausreichend kontrollieren kann. Es gibt zunehmend Hinweise darauf, dass Covid-mRNA-Impfstoffe das Immunsystem in besorgniserregender Weise beeinträchtigen.

Wie «Slay News» berichtet, haben führende Wissenschaftler der renommierten Yale University bestätigt, dass Covid-mRNA-Impfstoffe ein durch die Impfung erworbenes Immunschwächesyndrom (VAIDS) auslösen können.

In einer bahnbrechenden Studie der Yale University School of Medicine fanden Forscher heraus, dass mRNA-Injektionen die menschliche Biologie so verändern, dass sie eine langfristige Spike-Protein-Produktion verursachen, die mit der Zeit zunimmt.

Die Wissenschaftler warnen, dass die mRNA-Impfstoffe die Funktion der T-Zellen beeinflussen, wodurch ein Zustand entsteht, der als impfstoffinduziertes AIDS (VAIDS) bezeichnet wird.

Die mRNA-Technologie basiert auf genetischen Anweisungen, die die Körperzellen dazu bringen, ein Spike-Protein zu produzieren, das dem des Coronavirus ähnelt. In diesem Fall gehen Ärzte davon aus, dass die mRNA das geschwächte Immunsystem des Patienten «aufgeweckt» und eine überschüssige Reaktion ausgelöst hat.

Der Impfstoff reaktivierte nicht nur die ruhende Tuberkulose, sondern verstärkte auch die Krankheitssymptome und verursachte eine unkontrollierte Entzündung.

Fazit:

Die Forschung deutet darauf hin, dass mRNA-Impfstoffe tiefgreifende Auswirkungen auf das Immunsystem haben können – mit potenziell lebensbedrohlichen Folgen.

Quelle: Doctors Issue Red Alert as Covid 'Boosters' Begin 'Awakening' Deadly Virus

Quelle: <https://uncutnews.ch/aerzte-schlagen-alarm-covid-booster-weckt-toedliches-virus/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
13.03.2025



«Hätten wir diese Demut vor der Demokratie nicht, würde jede Entscheidung zu Verwerfungen führen»: Was Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter in ihrer Neujahrsansprache gemeint haben mag? Auch Chat-GPT weiss nicht so recht., © KI-Bild/Chat-GPT

«Wie» – Schindluder mit drei Buchstaben

Wer Klartext vermeiden will, verwendet das Verlegenheitswort «wie».

Die Mode treibt seltsame Blüten.

Marcel Diener

Gegenüber Radio SRF sagte die grüne Berner Nationalrätin Aline Trede – angesprochen auf verschiedene Klimaschutzmassnahmen: «Es braucht wie beides. Es braucht wie alles.»

«Wie» ist ein unnützes Modewort. Der Zuhörer, die Zuhörerin fragt sich: Braucht es wirklich beides? Braucht es wirklich alles? Oder nur «wie beides» und «wie alles»?

Weitere Musterchen von Aline Trede aus der Sendung «Tagesgespräch»:

- «Es hat schon immer wie einen Austausch gegeben.»
- «Da müssen wir wie zusammenarbeiten.»
- «Warum ich die Diskussion wie nicht verstehe, ...»
- «Das haben wir leider wie verpasst.»
- «Wir haben uns auf autokratische Staaten wie verlassen müssen.»
- «Die Bevölkerung muss wie auch okay sein.»
- «Wir haben wie einen neuen Entscheid.»

«Wie» dient allen, die sich nicht festlegen wollen. Die im Ungefähren bleiben wollen. Und das führt dann zu absurden Aussagen wie: «Ich habe es wie vergessen.» Dabei ist eigentlich klar. Entweder man hat vergessen. Oder man hat nicht vergessen.

Weitere Beispiele: «Es ist mir wie zu viel geworden.» «Das Mehl ist mir wie ausgegangen.» «Mir ist es wie zu kalt.» «Das Problem hat wie zwei Seiten.» «Das System ist wie überlastet.» «Das regelmässige Einkommen fällt wie weg.»

Hier der letzte Teil der alphabetischen Liste von Wörtern (T bis Z), die es zu vermeiden gälte:

- **Technologie:** Bedeutet eigentlich «die Lehre der Technik». Meistens ist mit «Technologie» bloss «Technik» an sich gemeint. Aber «Technologie» klingt halt ein bisschen wissenschaftlicher.
- **tektonische Plattenverschiebung:** In einem Interview mit dem abtretenden Chef des Amtes für Kultur des Kantons Bern meinten die «Bund»-Journalisten: «In ihre Amtszeit fielen diverse tektonische Plattenverschiebungen.» Das ist Unsinn. Im Amt für Kultur gibt es keine «tektonischen Plattenverschiebungen». Und auch bei Wahlen gibt es keine «tektonischen Plattenverschiebungen», selbst wenn das Wichtigste unter den Journalisten gerne behaupten. Eine «tektonische Plattenverschiebung» gibt es auf Island. Und dort ist sie ein ernsthaftes Problem.
- **Thema:** SRF meldete über sich selber: «Wir haben das Thema, dass wir möglichst viele ausbilden müssen.» Dabei hat SRF nicht ein «Thema», sondern eine «Aufgabe» oder ein «Problem».
- **Thematik:** Blähwort für «Thema». Oder auch für «Aufgabe» oder für «Problem». Siehe oben.
- **toxisch:** Mittlerweile ist alles «toxisch»: Beziehungen, Partner, Konstellationen, das Arbeitsklima, sogar Aktien – und vor allem Männlichkeit. Damit ist aber wenig gesagt. Denn «toxisch» bedeutet einfach «giftig». Meist ist aber «böseartig», «gefährlich», «schädlich» oder «zermürbend» gemeint. Warum also nicht diese wunderbaren deutschen Wörter verwenden?
- **triggern:** Modewort. «Warum triggert uns eine spanische Erdbeere so sehr?», fragte die «Berner Zeitung». Sie hätte auch «Warum stört uns ...» schreiben können.
- **unregelmässig:** In Tamedia-Zeitungen war von «unregelmässigen Verträgen» die Rede. Gemeint waren «unsaubere», vielleicht sogar «gesetzwidrige». Was wirklich das Problem mit den Verträgen war, erfuhren die Leser nicht.
- **Unregelmässigkeit:** Normalerweise geht es bei «Unregelmässigkeiten» nicht um einen falschen Rhythmus, sondern um einen «Fehler», eine «Täuschung» oder sogar um einen «Betrug». Warum also das ungenaue Wort «Unregelmässigkeiten»?
- **Unschärfe:** Der «Bund» berichtete über die «Unschärfen der Prognostiker». Was eine «Unschärfe» ist? Ein «Fehler». Im Artikel ging es nämlich darum, dass die Prognostiker vor den Wahlen falsch gelegen hatten. «Unschärfe» ist ein verharmlosender Ausdruck. Warum das Kind nicht beim Namen nennen?
- **unterwegs:** Wer Zeitungen liest, erfährt, dass Menschen «mit vorgefassten Meinungen unterwegs» sind, dass sie «digital unterwegs» sind, «asketisch unterwegs», «musikalisch unterwegs», andere sind «zweisprachig unterwegs» oder «faktenfrei unterwegs». «Unterwegs» lässt sich entweder streichen oder mit einem kraftvollen Verb ersetzen.
- **urban:** Bedeutet nichts anderes als «städtisch».
- **Vakzin:** Ist ein «Impfstoff».
- **verbale Drohgebärde:** Nichts anderes als eine «Drohung».
- **Verbindlichkeiten:** Sind ganz einfach «Schulden».
- **vertikal:** Warum nicht «senkrecht»?

- **Verwerfung:** Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter sagte in ihrer Neujahrsansprache: «Hätten wir diese Demut vor der Demokratie nicht, würde jede Entscheidung zu Verwerfungen führen.» Was sie mit den «Verwerfungen» wohl meinte? Weiss sie es selber?
- **Visibilität:** Der «Tages-Anzeiger» berichtete von Künstlerinnen, die «mit ihrer Kunst für mehr Visibilität sorgen möchten». Die Künstlerinnen wollen also für «Sichtbarkeit» sorgen – aber offenbar nicht für Verständlichkeit. Sonst würden sie nicht von «Personen mit Vulven» sprechen. Es sieht aus, als ob die Künstlerinnen möglichst unter sich bleiben möchten.
- **virtuell:** Wieder der «Tages-Anzeiger»: «Es folgt ein virtuelles Gespräch am Computerbildschirm». Frage: Was soll das Wort virtuell? War es ein Gespräch? Oder war es keines?
- **volatil:** Eigentlich Börsensprache, wird aber mittlerweile für alles Mögliche verwendet. Bedeutet «stark schwankend».
- **Volunteers:** Für einmal wäre das deutsche «Freiwillige» ebenso falsch. Gemeint sind nämlich nicht Leute, die freiwillig einen Einsatz leisten, sondern gratis. Richtig wäre deshalb der etwas verstaubte Begriff «Ehrenamtliche».
- **vulnerabel:** Das Wort «vulnerabel» begann während der Corona-Pandemie seine Karriere. Heisst nichts anderes als «empfindlich», «anfällig», «verletzlich», «verwundbar» oder «gefährdet». Es gäbe also eine ganze Reihe genauer Alternativen, die jeder versteht – auch ohne Hochschulabschluss.
- **witterungstechnisch:** Verlegenheitswort. Zum Beispiel verwendet, als ein Skirennen verschoben werden musste. Dabei ist an der Witterung nichts «technisch», sondern «natürlich». Zusammensetzungen mit «-technisch» sind meistens ebenso sinnlos wie Zusammensetzungen mit «-mässig».
- **wettbewerbsintensiv:** Die «NZZ» informierte uns in einem Artikel über die Swisscom: «Der italienische Markt ist wettbewerbsintensiv und stark fragmentiert.» Das ist Marketingsprache. Wie alle Zusammensetzungen mit «-intensiv». Der italienische Markt ist ganz einfach «umkämpft» und stark «aufgespalten».
- **wie:** siehe Haupttext oben.
- **woke:** Modewort. Heisst «achtsam», «aufmerksam», «bewusst», «sensibel» oder «wachsam».
- **Zeitachse:** Schlecht drücken sich nicht nur Journalisten aus, sondern auch Beamte. Der Kanton Luzern beklagte sich über den Bund: «Beantragte Massnahmen in der Grössenordnung von rund 200 Millionen Franken werden vom Bund nicht unterstützt oder auf der Zeitachse nach hinten verschoben.» Wer das verstehen will, muss sich ein Diagramm vorstellen – mit «Zeitachse». Dabei ginge es ganz einfach: Der Bund hat den Strassenausbau «aufgeschoben».
- **zeitintensiv:** Wieder ein Modewort. Bedeutet «aufwendig» oder «zeitraubend».
- **zeitnah:** Ein wunderbares Wort für Schaumschläger. Alle anderen, die sich nicht festlegen wollen, sagen «bald» oder «rasch». Und alle, die sich festlegen, sagen «heute», «morgen» oder «nächste Woche».
- **Zivilbevölkerung:** Gemeint ist eigentlich immer die «Bevölkerung».
- **Zivilgesellschaft:** Und hier die «Gesellschaft». Dass diese zivil ist, versteht sich von selbst.

Wieder könnte ein Krieg mit Lügen beginnen

Von Uwe Froschauer, Von Albrecht Künstle, März 9, 2025

Werte Leserinnen und Leser,

mein geschätzter Journalistenkollege Albrecht Künstle hat mir einen Text über Lügen vor einem Krieg und das von Union und SPD geforderte Sondervermögen für Aufrüstung in Höhe von insgesamt 400 Milliarden Euro sowie über die Profiteure dieser Massnahme zukommen lassen.

Auch meine letzten Artikel beschäftigten sich hauptsächlich mit diesem Thema, da eine derartig folgenreiche Entscheidung über den Kopf des Volkes hinweg – dem Souverän – getroffen wird. Friedrich Merz wird bereits jetzt vor Amtsantritt als Wendehalskanzler in die deutsche Geschichte eingehen, da er seine wichtigsten Wahlversprechen – keine Neuverschuldung und verschärfte Migrationspolitik – nicht einhalten wird.

Hier der Text: 7. März 2025, von **Albrecht Künstle**

Wieder könnte ein Krieg mit Lügen beginnen

– Jetzt wird gelogen, wir müssten gegen Russland nachrüsten

– Nachtrag zu meinem erfolgten Vergleich der Militärstärke

– Die Aufrüstung ist ein Wirtschaftskrieg gegen uns selbst

Obwohl fast jeder Krieg der Geschichte mit einer Lüge inszeniert wurde, könnte genau das bald schon wieder passieren. Um einige Beispiele zu nennen: «Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen», polterte Hitler am 1. September 1939 in der Krolloper vor dem deutschen Reichstag, dem deutschen Parlament, in dem heute schon wieder gelogen wird. Nein, es wurde nicht «zurückgeschossen» – sondern mit dieser Lüge begann der Überfall auf Polen und damit dann der Zweite Weltkrieg.

Ein Beispiel aus diesem Jahrhundert: Der CIA unterstellte vor 22 Jahren dem Irak unter Saddam Hussein, dieser verfüge über einsatzfähige Bio- und Chemiewaffen. Es gebe Verstecke von Waffenvorräten und -fabriken, einsatzfähigen B- und C-Waffen und Beweise für den Bau von Atombomben und den Besitz von Langstreckenraketen. Auf Rückfragen von Bush im Dezember 2002 und Collin Powell im Januar 2003 bezeichnete CIA-Direktor George Tenet die Belege dafür laut Zeugen als «todsicher». Wenige Tage, später ab dem 21. März 2003, wurde der Irak von US-Truppen überfallen. Dieser Irakkrieg wurde der Weltöffentlichkeit verharmlosend als «Militäroperation» verkauft – Putin brauchte für seinen Ukrainekrieg also gar kein neues Unwort erfinden. Das «todsicher» stimmte insofern, als dieser «Krieg der Willigen» zwischen 28'800 und 37'400 Irakern den Tod brachte, wie auch 4800 Besatzungssoldaten. Bundeskanzler Gerhard Schröder hielt sich zusammen mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac glücklicherweise heraus – die beiden waren keine «Willigen». Für den angehenden Kanzler Friedrich Merz hingegen lege ich da nicht die Hand nicht ins Feuer – womit wir im Heute angekommen sind.

Schuldenexzesse in der Narrenwoche

So wie in dieser Narrenwoche wurde schon einmal im Reichstag Kriegskrediten zugestimmt; wie und warum das damals geschah, ergibt sich aus den Reichstagsprotokollen: Damals ging es um fünf Milliarden Reichsmark, ohne die Deutschland Russland nicht hätte den Krieg erklären können. Heute sollen mit zusätzlichen 400 Milliarden Euro aus einem noch zu schaffenden Schuldtopf die Voraussetzungen geschaffen werden, dass Deutschland wieder «kriegsfähig» wird. Dazu kommen alle Militärausgaben über einem Prozent, was sich bei angestrebten drei Prozent Rüstungsausgaben in zehn Jahren auf etwa 250 Milliarden Euro belaufen würde. Hinzu kommen 24 Prozent deutscher Anteil an den von Ursula «Flinten-Uschi» von der Leyen versprochenen, nun auf 800 Milliarden Euro für die Ukraine erhöhten Hilfspaket – also nochmal 192 Milliarden Euro. Das macht zusammen 842 Milliarden Euro, welche die deutschen Steuerzahler und deren Kinder aufbringen müssen – oder auch nicht, wenn der Krieg nach Deutschland kommt und wir das nicht überleben. Anmerkung zum Schuldtopf: Tatsächlich handelt es sich nicht um einen Topf, aus dem man Geld entnehmen kann, das es nicht gibt. Vielmehr wird hier eine Grube gebuddelt, die nach und nach wieder von uns und unseren Kindern und Kindeskindern verfüllt werden muss.

Die noch mitregierenden Grünen haben grundsätzlich nichts gegen kriegstaugliche Aufrüstung, wollen aber weiter ihr totes Steckenpferd der Klimapolitik reiten. Warum nicht auch bei der Bestellung des Kriegsmaterials? Vielleicht solar- oder wasserstoffbetriebene Militärflieger? Panzer mit LNG-Antrieb? Artillerie mit eingebautem Feinstaubfilter in den Geschützrohren? Besegelte Kriegsschiffe oder Atomantreiben statt mit Dreckschleudermotoren? Soldatenuniformen mit Abgasreinigung? Jedenfalls wollen die Grünen mit ihrer Forderung nach mehr Klimaschutz noch einmal ihre Duftmarke setzen – wie es die abgewählte Aussenministerin Annalena Baerbock mit dem Import von zwei Fliegern voller Afghanen gleich nach der Bundestagswahl tat.

Es gibt keinen Bedarf an Nachrüstung

Ist das alles zwingend nötig? In den Ersten Weltkrieg wurde Deutschland mehr oder weniger hineingezogen. Das kann man heute nicht behaupten. Niemand zwingt uns, unser eigenes Grab zu schaufeln. Auch aus dem Wählerwillen lassen sich keine Forderungen nach Aufrüstungs- und Kriegskrediten ableiten. Es wird ganz einfach die Mär in die Welt gesetzt, ohne massive Aufrüstung und ohne die USA wären wir Putins Kriegsmacht unterlegen – und niemand scheint dieser haltlosen Behauptung zu widersprechen. Wilhelm II. gewann den Reichstag mit der Losung, «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!» Heute scheinen die beiden Führer der Koalitionsverhandlungen, Merz und Lars Klingbeil, mit ihren Parteisoldaten überhaupt nichts und niemanden mehr zu kennen – vor allem nicht einmal die Fakten über die Militärarsenale auf beiden Seiten. Sie lügen uns so lange an, bis die Lüge zur Wahrheit wird, die sie vorgeben.

Mit meinem Ansage!-Artikel zum militärischen Vergleich zwischen Europa und Russland belegte ich, dass es kaum einen Bedarf an Nachrüstung gibt. Dazu griff ich auf Zahlen und Statistiken zurück, die für jedermann zugänglich sind, und brach die NATO-Zahlen auf die europäischen Mitgliedsländer herunter. Diesen Artikel nahmen die «NachDenkSeiten» zum Anlass, noch mehr ins Detail zu gehen. Im Ergebnis kam Alexander Neu dort mit seiner Recherche «EU im Aufrüstungsrausch – Die Notwendigkeit, die Debatte vom Kopf auf die Füße zu stellen» noch deutlicher zum gleichen Ergebnis: Auch ohne die USA haben die Länder Europas gegenüber Russland ein Übergewicht an militärischer Stärke. Lesen Sie den Artikel unbedingt und überlassen Sie die Ignoranz der Fakten und die Lügen den Politikern. Es gibt also gar nichts nachzurüsten!

Na sowas: Steigende Gewinne

Sollte die eine halbe Billion Euro dennoch – auf Pump und am Haushalt vorbei – über ein betrügerisches «Sondervermögen» finanziert werden, kann die nur den gleichen Doppelzweck haben, wie im Fall der anderen halben Billion für Infrastrukturinvestitionen. Abgesehen davon, dass diese Investitionen seit Jahrzehnten wegen anhaltender Zweckentfremdung deutscher Steuergelder sträflich vernachlässigt wurden: Weil die deutsche Wirtschaft wegen der Knebelung durch Brüssel sowie durch Merkel und Ampel nicht mehr wächst,

soll das nun eben über massive Staatsausgaben und Subventionen erreicht werden – um durch höhere Steuereinnahmen die selbstgeschaffenen Schulden abtragen zu können. Das wäre eine Art perpetuum mobile und so etwas ist bekanntlich unmöglich. Doch der Staat lebt schon jetzt über seine Verhältnisse: Er verteilt zu viel Steuergeld für soziale Wohltaten ohne Arbeit und finanziert das seit Merkel explosionsartig expandierte NGO-Unwesen sowie einen mit dem Antritt der Ampel nochmals wuchernden Bürokratieapparat. Und: Er ist sich nicht einmal zu schade, seine eigenen Gegner zu finanzieren – wie zahlreiche Migrantenlobbys oder die «Deutsche Umwelthilfe», die den Geldgeber sogar verklagt.

Gibt er künftig noch mehr Geld aus – und sei es ausnahmsweise dann sogar für sinnvolle Investitionen –, erzeugt er jedoch eine höhere Nachfrage auf Produktionsgüter und produktionsnahe Dienstleistungen aller Art. Zwar sank die durchschnittliche Kapazitätsauslastung in Industrie und Handwerk auf 76,1 Prozent, sodass die Wirtschaft durchaus Aufträge brauchen und annehmen könnte. Wäre da jedoch bloss nicht der beklagte Arbeitskräftemangel, der ökonomisch ähnlich wirkt wie Produktionskapazitäten am Anschlag und der sich auch mit dem Import von noch so vielen «Fachkräften» nicht beheben lässt; wenn eine höhere Nachfrage auf ein beschränktes Angebot trifft, steigen die Preise. Na und? Und wenn sich sonstige Kosten nicht erhöhen, steigen die Gewinne. So ein Zufall? Das ist ganz im Sinne der Wirtschaftskapitäne, welche das Schuldenpaket schon länger fordern und begrüßen. Und natürlich im Sinne von BlackRock, dessen Chef vor kurzem erst in Deutschland weilte (wohl, weil er wusste, dass von den Rüstungsaufträgen nicht nur Brosamen für die US-Wirtschaft abfallen werden).

Im Aufrüstungsrausch über Leichen gehen

Der unausgesprochene Deal ist dabei folgender: Wir Politiker verschaffen euch lukrative Aufträge – und ihr zahlt uns etwas mehr Steuern zu unserer Schuldentilgung! Das wird zwar bei diesem gewaltigen Investitionsvolumen noch mehr Inflation auslösen, aber das nützt uns staatlichen Kreditnehmern natürlich zusätzlich – weil somit unsere nominalen Staatsschulden real weniger werden! Wer dabei den Kürzeren zieht, sind einmal mehr die privaten Steuerzahler, auch die kreditgebenden Anleger ... und schliesslich unsere Kinder. Bereits der «Tragfähigkeitsbericht» von Ex-Finanzminister Christian Lindner ging davon aus, dass die Schuldenquote von derzeit 62 Prozent auf 140 Prozent bis 2070 steigen würde. Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ging sogar davon aus, dass 100 Prozent bereits 2034 erreicht worden wären. Dazu käme jetzt noch das Billionenpaket dieser Narrenwoche. Ein solches Volumen an neuen Schulden lässt sich von zwei Generationen Steuerzahlern nicht mehr tilgen. Noch schneller als bisher schon absehbar wird dies vermutlich zwingend irgendwann eine Art Währungsreform benötigen. Aber dann sind die Verantwortlichen nicht mehr in Amt und «Würden».

Auch die Schuld derer wird nicht getilgt werden, die jetzt im Aufrüstungsrausch finanzpolitisch über Leichen gehen. Und wenn sich das anbahnende Desaster offenbart, wird sich BlackRock gegenüber Merz, der dies politisch kaum überleben dürfte, gewissermassen nicht zugeknöpft zeigen. Vielleicht wird er in dem «Konzern, der die Welt regiert», nochmals die Treppe hochfallen? So, wie auch Schröder mit Putin bereits während seiner Amtszeit eng verbandelt war und später davon satt profitierte, wird es im Fall der Fälle wohl auch bei Merz mit BlackRock sein. «Nun sind se halt mal da», meinte Merkel, als unser Land der Massmigration nicht mehr Herr wurde. Dasselbe könnte einmal Merz sagen, wenn uns die Schulden über den Kopf gewachsen sind, oder noch schlimmer: «Nun ist er halt mal da» – der Krieg. Ein nagelneuer Regierungsbunker ist ja schon da und künftig noch viel mehr Luftschutzkeller gehören ja zum Aufrüstungsprogramm. Wie beruhigend. Wenn Deutschland in absehbarer Zeit pleitegeht, wird auch die EU auseinanderfallen, prophezeit Dr. Markus Krall, der das Zeug zu einem Finanzminister hätte, in diesem Interview. Es geht um die Frage «Zerfällt die Ukraine», wie auch um andere deutschland- und weltpolitischen Fragen. Die Lektüre ist garantiert nicht langweilig; hoffen wir, dass der Kelch der darin aufgezeigten Szenarien an uns vorübergehen möge.

Vorbehalt: Falls in diesem Artikel Strafbares enthalten sein sollte, distanzieren mich prophylaktisch von solchen Unrechtsgrundlagen bzw. der Justiz, die darin evtl. Strafbares erkennen will.

Dieser Artikel ist ohne «KI» ausschliesslich mit Künstle-Intelligenz 🤖 erstellt;

zuerst hier <https://ansage.org/wieder-einmal-koennte-ein-weltkrieg-mit-luegen-beginnen/> erschienen.

Danke, Herr Künstle, für diese erhellenden Zeilen.

Quelle: <https://wassersaege.com/blogbeitraege/wieder-koennte-ein-krieg-mit-luegen-beginnen/>

Skandal um COP30-Klimagipfel: Regenwald wird abgeholzt, Autobahnen und Hotels werden gebaut, um VIPs den Weg zu ebnen!

uncut-news.ch, März 13, 2025

Widersprüchlicher Klimagipfel: Regenwaldzerstörung für COP30 in Belém

Der Klimagipfel COP30 in Belém soll den Amazonas in den Mittelpunkt globaler Umweltpolitik rücken – doch dafür wird ein Teil des Regenwaldes abgeholzt. Eine vierspurige Autobahn wird durch geschütztes

Gebiet gebaut, um den Verkehr für 50'000 Teilnehmer, darunter Spitzenpolitiker, zu erleichtern. Die Regierung spricht von «nachhaltiger Infrastruktur», doch Umweltaktivisten und Anwohner sehen das Gegenteil: Ein Projekt, das Natur zerstört und wirtschaftliche Interessen vor Klimaschutz stellt.



Depositphotos.com

Regenwaldzerstörung und Vertreibung

Entlang der bereits gerodeten 13 Kilometer türmen sich Baumstämme, während Bagger Feuchtgebiete zerschneiden. Menschen wie Claudio Verequete, einst Açaí-Erntehelfer, haben ihr Einkommen verloren – ohne Entschädigung. Er fürchtet, dass die Strasse mehr Abholzung begünstigt und Unternehmen leichteren Zugang zur Region erhalten. Seine Gemeinde bleibt von der Autobahn abgeschnitten, während Lkws freien Durchgang haben.

Bedrohung für das Ökosystem

Die Strasse trennt zwei geschützte Waldgebiete und gefährdet Wildtiere. Laut Tiermedizinerin Silvia Sardinha schrumpft der Raum für rehabilitierte Tiere, während Landtiere ihre natürlichen Wanderrouten verlieren. Kritiker warnen, dass das Projekt langfristig mehr Schaden anrichtet, als es angeblich dem Umweltschutz nützt.

Regierung treibt Infrastrukturprojekte voran

Die Strasse ist nur eines von 30 Projekten zur Vorbereitung der Stadt auf die COP30. Neben neuen Hotels wird der Flughafen ausgebaut, um seine Kapazität zu verdoppeln, und der Hafen modernisiert, um Kreuzfahrtschiffe zu empfangen. Ein neuer Stadtpark soll nach dem Gipfel für die Bevölkerung erhalten bleiben.

Umstrittene Vorteile für die Wirtschaft

Während Umweltorganisationen den ökologischen Preis kritisieren, sehen einige Geschäftsleute in Belém Chancen. Händler auf dem Ver-o-peso-Markt hoffen auf mehr Kunden und wirtschaftlichen Aufschwung. Kritiker hinterfragen jedoch, ob diese kurzfristigen Vorteile den dauerhaften Schaden am Amazonas rechtfertigen.

Ironie des Klimagipfels

Tausende Delegierte werden für eine Konferenz zum Klimaschutz eingeflogen, während Strassen, Hotels und Flughäfen ausgebaut werden – mit massiven ökologischen Folgen. Immer mehr Stimmen stellen die Frage, ob der CO₂-Fussabdruck des Gipfels seine eigentliche Mission nicht ad absurdum führt.

Quelle: Amazon forest felled to build road for climate summit

Kein Scherz: Friedrich Merz und der deutsche Wähler

7. März 2025 Max Erdinger Aktuell, Analyse, Deutschland, Gesellschaft 45

Naaa? Friedrich Merz gewählt? Kopfschmerzen jetzt? Enttäuscht und so? Die armen Kinder und die Enkel jetzt? Schulden für die nächsten drei Generationen, wenn nicht der ganze degenerierte Drecksladen sowieso schon vorher in die Luft fliegt?

Besser wird es sein, ich erkläre noch einmal die Spielregeln für die Bundesrepublik Deutschland, damit hernach keiner sagen kann, niemand habe es getan.



friedrich merz pinocchio, Friedrich «Pinocchio» Merz – Screenshot KI-Facebook

1. Die Macht

Die wirklich Mächtigen sind nicht gewählt. Was der Wähler als «seine Wahl» begreift, ist die Zustimmung zu Kandidaten, die allesamt in Parteien vorausgewählt wurden, ohne dass der Wähler darauf irgendeinen Einfluss hätte. Wer viel Einfluss auf eine Partei hat, darf auch ein Wörtchen dabei mitreden, wer den «Wahlberechtigten» als Kandidat vor die Nase gesetzt wird. Der Einfluss von BlackRock (nicht nur) auf die Union z.B. ist via Friedrich Merz enorm.

2. Die öffentliche Meinung

Was der deutsche Wähler mehrheitlich den lieben langen Tag meint und findet, hängt davon ab, welche Meinung er sich hat machen lassen bis zu dem Punkt, an dem er sie für seine eigene hält. Diesen Job übernehmen die Medien mit ihren «Narrativen». Welche Narrative das sind, hängt oft ebenfalls davon ab, wer mit welcher Summe welches Printmedium vor dem Bankrott rettet. «Bild»-Werbeslogan: «Bild dir deine Meinung» – also unsere. «Spiegel» und «Die Zeit» z.B. wurden mit Millionensummen von Bill Gates bedacht. Das erklärt ihre Corona-Linie. Die Zukunft der besonders üppig finanzierten, sogenannten Öffentlich-Rechtlichen hängt am Wohlwollen der jeweiligen Regierung. Das erklärt, weshalb sie agieren wie der Dackel, der zur Jagd getragen werden muss, wenn es darum ginge, dem Wähler reinen Wein hinsichtlich seiner Regierung einzuschenken. «Correctiv» und die anderen «Faktenchecker» haben die Aufgabe, die sogenannten alternativen Medien in Schach zu halten. «Correctiv» erhielt eine Anschubfinanzierung in Höhe von ca. 300'000 Euro durch ein Tentakel der George Soros-Stiftungskrake mit ihren tausend Armen.

3. Der Volksvertreter

Der Volksvertreter muss gewählt werden, damit er hernach als einer gelten darf. Folglich muss er wissen, was der vermeintliche Souverän mehrheitlich meint und findet, damit er weiss, was er sagen muss, um auch gewählt zu werden. Mit der Volksvertreterei durch Parteipolitiker ist es wie in der Geschichte mit dem Froschkönig – nur umgekehrt. Vor der Wahl ein Prinz, dann der Kuss des Wählers am Wahltag – und nach dem Kuss sofort die Verwandlung vom Prinzen zum Frosch. Der Volksvertreter ist jener Macht verpflichtet, die schon über die verbreiteten Narrative bestimmt, wendet sich aber dem Wähler zu, damit der sich das Gesicht desjenigen merken kann, den er vermeintlich selbst gewählt hat. Oft stellt sich heraus, dass der Wähler mit seinem Volksvertreter nicht so zufrieden ist, wie er vor der Wahl gedacht hatte, dass er es sein würde. Um diesem Problem zu begegnen, gibt es die Parteien. Jede Partei hat ihre eigenen Kandidaten. Das ist so, als gäbe es nur ein Automodell zu kaufen, dieses eine Modell aber in ein paar verschiedenen Farben. Wenn es während der Garantiezeit wegen grundlegender technischer Mängel verreckt, gibt man es zurück und darf sich ein anderes in einer anderen Farbe aussuchen. Bis auch das wieder aufgrund desselben Mangels verreckt. Wegen der Wahlfreiheit. Der Wähler muss nur zugeben, dass er selber schuld ist, weil er sich vorher eben verwählt hatte.

4. Regierungen

Regierungen sind dazu da, gegen den Willen des Volkes alles so in den Sand zu setzen, dass die Macht etwas davon hat. BlackRock z.B. ist der weltgrösste Vermögenverwalter und hält Beteiligungen an ganzen Industriebranchen, u.a. an der Rüstungsindustrie. Friedrich Merz als Wahlfrosch z.B. ist froh, wenn der Wahltag vorbei ist, weil er sich dann wieder seiner eigentlichen Aufgabe widmen kann. Der Wähler wurde erfolgreich getäuscht und ab diesem Zeitpunkt ist erst einmal eine ganze zeitlang Ruhe im Wählerpuff. Regierungen unterliegen einem natürlichen Verschleiss, weshalb man alle naselang auch eine neue braucht. Regierungen sind wie Bremsbeläge. Sie nützen sich ab. Das ist aber von Anfang an so konzipiert worden. Von einer Regierung, die noch nie von jemandem durch eine neue abgelöst werden wollte, hat man deshalb noch nie etwas gehört.

5. Nichtregierungsorganisationen

Sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden oft – mitunter sogar sehr üppig – aus Steuergeldern subventioniert. Als Nichtregierungsorganisationen werden sie bezeichnet, um zu verschleiern, dass es sich um Regierungsorganisationen handelt, die sich Aufgaben widmen, zu denen die Regierung gar nicht befugt wäre. Grossdemonstrationen gegen die Opposition kommen da beispielsweise in Betracht. Die werden dem Wähler angedient als ein Engagement der Nichtregierungsorganisationen für die «Zivilgesellschaft». Der Begriff «Zivilgesellschaft» wurde eigens zur Verschleierung dieses unschönen Sachverhalts kreiert. In den USA geht es den NGOs derzeit richtig an den Kragen. Das ist hervorragend.

6. Der Wähler

Der Wähler will das alles gar nicht wahrhaben, weil er sich gern für schlau hält. Müsste er es als wahr anerkennen, wäre die automatische Folge davon, dass er sich für blöd hält, weil er sich evident hat verarschen lassen. Dann würde er wütend werden auf die, die ihn verarscht haben. Deshalb ist es ein demokratisches Konzept, dass Mehrheit zählt und nicht Wahrheit. Wenn der Wähler auch einen Angelschein braucht oder einen Führerschein, Qualifikationsnachweise für dieses und jenes, so braucht er keinen Qualifikationsnachweis, um zu wählen. Das achtzehnte Lebensjahr erreicht zu haben, reicht völlig, um sich selbst als «mündigen Bürger» begreifen zu dürfen und vom vermeintlichen Volksvertreter auch als ein solcher angesprochen zu werden. Es heisst nicht «Deine Meinung zählt!», weil das wahr wäre, sondern es heisst so, damit sich der Wähler gebauchpinselt fühlen darf. Die permanente Selbstüberschätzung des Wählers muss aufrecht erhalten bleiben, damit er auch weiterhin glaubt, er selbst sei es, der via Wahl der Herr seiner eigenen Geschicke sei. Mit der Einbildung der Machtlosen kann der Mächtige trefflich spekulieren und erstaunlich präzise Prognosen treffen dabei. Deswegen muss die Einbildung des Wählers ständig gefüttert werden. Je fetter die Einbildung, desto besser für die wahre Macht.

In Deutschland sind wir inzwischen an einem Punkt angekommen, an dem der Wähler dermassen eingebildet ist, dass er jederzeit weiss, was «die Anderen» für welche sind, was sie alles verkehrt machen und weshalb deren Meinung auch nichts zählt. Er selbst ist immer bei den Guten. Wer ihm widerspricht, ist deshalb automatisch bei den Bösen. Es zählt nicht mehr, was jemand sagt, sondern es zählt, als was er persönlich gilt: Als Guter oder als Böser. Wie sich das wiederum verteilt, bestimmen die Medien mit ihren Narrativen.

7. Der Durchschnitts-IQ

Als durchschnittlicher Intelligenquotient galt in Deutschland jahrelang ein Wert um die 100. Um einmal zu illustrieren, was das bedeutet: In einer Gesellschaft mit einem Durchschnitts-IQ von 100 ist es evident möglich, ein Narrativ zu installieren, demzufolge die eine Hälfte der Bevölkerung unter dem Durchschnittswert liegt und die andere darüber. Schwieriger wäre es, die Idee zu installieren, dass eine Mehrheit knapp unter dem Durchschnitts-IQ anzusiedeln sein könnte, und eine Minderheit signifikant darüber. Weil das zu der Einsicht führen müsste, dass in Deutschland eine vergleichsweise dumme Mehrheit jederzeit in der Lage ist, eine kluge Minderheit an der Entfaltung ihres Potenzials zu hindern. Das würde das gesamte deutsche Demokratiekonzept gefährden. Schliesslich zählt Mehrheit, nicht Wahrheit. Dass die wirkliche Macht kein Interesse daran hat, sich per «deutsche Demokratie» kluge Gegner heranzuzüchten, liegt auf der Hand. Das passende «Narrativ» dazu: Absenkung des Wahlalters ist demokratischer als demokratisch. Und gerechter als gerecht ist es sowieso.

Friedrich Merz als Bundeskanzler ist das passende Resultat des Ganzen.

Quelle: <https://qpress.de/2025/03/07/kein-scherz-friedrich-merz-und-der-deutsche-waehler/>

Aufsehererregende Studie aus Japan lässt aufhorchen: Unerklärliche Herzstillstände nach mehrfachen COVID-Impfungen

uncut-news.ch.März 11, 2025

Eine am 5. März 2025 veröffentlichte japanische Autopsiestudie stellt brisante Fragen zur Sicherheit der COVID-19-Impfstoffe. Die Forscher analysierten die Fälle von drei älteren Patienten, die bis zu sechs Impfungen erhalten hatten und plötzlich an einem «unerklärlichen» Herzstillstand verstarben. Dabei entdeckten sie Mikrovernarbungen am Herzen sowie Mikrogerinnsel – ohne dass es eine eindeutige Krankheitsvorgeschichte gegeben hätte.

Mikrovernarbungen und Mikrogerinnsel

Bei allen drei untersuchten Fällen wurden «unerwartete» Narben und Thrombosen im Herzgewebe festgestellt. Besonders auffällig ist, dass nur einer der Patienten eine bekannte COVID-19-Infektion durchgemacht hatte. Dies wirft die Frage auf, was die Ursache der Veränderungen im Herzgewebe der anderen beiden Patienten war. Die Studie erwähnt die Impfhistorie dieser Personen ausdrücklich:

«In Bezug auf die COVID-19-Impfhistorie hatten alle 3 Patienten bis zur letzten Aufnahme Auffrischungsimpfungen erhalten.»

Eine wachsende Anzahl von Studien weist auf eine mögliche Verbindung zwischen COVID-19-Impfstoffen und Herzrhythmusstörungen hin. Die Autoren der aktuellen Untersuchung führen dazu aus:

«Kürzlich wurde über einen Zusammenhang zwischen Herzrhythmusstörungen und der COVID-19-Impfung berichtet.»

Eine globale Umfrage soll sogar gezeigt haben, dass **alle Arten von COVID-19-Impfstoffen** das Potenzial haben, Herzrhythmusstörungen auszulösen.

Die Wissenschaftler selbst betonen, dass sie **keinen direkten Kausalzusammenhang** zwischen den Impfstoffen und den beobachteten Herzschäden nachweisen konnten. Dennoch geben sie zu bedenken:

«Interessanterweise wurden in der vorliegenden pathologischen Fallstudie auch Mikrovernarbungen an der Verbindung des linken Vorhofs mit der Lungenarterie und dem oberen rechten Vorhof beobachtet.»

Dies ist insofern von Bedeutung, als gerade diese Bereiche eine zentrale Rolle bei der Reizweiterleitung des Herzens spielen. Vernarbungen in diesen Strukturen könnten demnach zu Herzrhythmusstörungen und möglicherweise plötzlichem Herztod führen.

«Es wird vermutet, dass diese Mechanismen durch molekulare Mimikry oder die Produktion von Spike-Proteinen, eine verstärkte Entzündungsreaktion und schliesslich die Bildung von Narben und Fibrosen entstehen.»

Die Impfstoffe selbst erzeugen im Körper Spike-Proteine, um eine Immunantwort auszulösen. Doch bereits in der Vergangenheit wurde davor gewarnt, dass diese Proteine nicht nur in den Armmuskeln verbleiben, sondern im gesamten Körper verteilt werden könnten. Besonders kritisch ist dies, wenn sie Entzündungen in empfindlichen Organen wie dem Herzen hervorrufen.

Warum werden solche Erkenntnisse nicht ernster genommen?

Obwohl die Studie lediglich drei Fälle betrachtet, ist sie Teil einer zunehmenden Zahl von Forschungsergebnissen, die auf **mögliche unerwartete Nebenwirkungen** der Impfstoffe hindeuten. Dennoch werden solche Hinweise oft als «statistische Zufälle» oder «fehlende Kausalität» abgetan. Dies wirft die Frage auf: Wie viele Fälle braucht es, bis ernsthafte Konsequenzen gezogen werden?

«Die Tatsache, dass diese seltenen kardialen Mikrovernarbungen weiterhin innerhalb eines kurzen Zeitraums von etwa 6 Monaten bei Autopsien gefunden werden, zwingt uns dazu, im Hintergrund die Beteiligung aktueller Trends in Betracht zu ziehen.»

Diese Aussage der Autoren deutet darauf hin, dass es sich **nicht um Einzelfälle** handeln könnte. Wenn sich ein solches Muster abzeichnet, warum wird dann nicht dringender nachgeforscht?

Fazit: Ein beunruhigender, aber notwendiger Diskurs

Die Studie belegt keinen **eindeutigen** Zusammenhang zwischen den COVID-19-Impfstoffen und den beobachteten Herzschäden. Dennoch zeigt sie **besorgniserregende Parallelen**, die nicht ignoriert werden sollten. Mikrovernarbungen und Mikrogerinnsel im Herzen sind nicht normal und dürfen nicht als zufällige Beobachtungen abgetan werden.

Wenn auch nur die kleine Möglichkeit besteht, dass Impfstoffe derartige Langzeitschäden hervorrufen, müssen Behörden und Wissenschaftler dies transparent diskutieren und ernsthafte Konsequenzen ziehen. Der Schutz der Bevölkerung muss an erster Stelle stehen – und dazu gehört auch die Bereitschaft, wissenschaftliche Befunde ohne politische oder wirtschaftliche Einflussnahme offen zu bewerten.

Quelle: Cardiac Multiple Micro-Scars: An Autopsy Study

Vorbereitungen auf den Krieg

Wolfgang Bittner, MÄRZ 13, 2025



Pexels

Es sind Psychopathen, die ihre Bevölkerungen ins Unglück stürzen wollen

In meiner Lokalzeitung lese ich beim Frühstück am 11. März über Kriegsvorbereitungen, und mir bleibt fast der Bissen im Halse stecken. «Wir sind Drehscheibe für die NATO», heisst es da. Im «Verteidigungsfall wäre Niedersachsen ein Zentrum für die Logistik der Bundeswehr», und mit dem «Operationsplan Deutschland» bereite sich das Land auf eine «mögliche kriegerische Auseinandersetzung» vor.[1]

Im Folgenden lese ich, dass Niedersachsen aufgrund seiner geografischen Lage eine besondere Rolle bei der Verlegung von nationalen wie internationalen Streitkräften zukomme. Wichtige Autobahnen seien zu berücksichtigen, ebenso die militärischen und zivilen Flughäfen im Verbund von Hannover, Bremen und Hamburg. Entlang der Marschroute brauche es «Convoy Support Center», d.h. Orte für Ruhepausen, Verpflegung und Betankung der Fahrzeuge. Im Ernstfall werde die militärische Nutzung von Krankenhäusern, Bahnverbindungen und Autobahnen Vorrang haben. Überprüft werden müsse noch, ob die Verkehrswege ausgebaut werden müssen (hier würde dann wohl ein Teil der für Strukturmassnahmen vorgesehenen 500 Milliarden zum Einsatz kommen).

Weiter heisst es, Verteidigung sei eine gesamtstaatliche Aufgabe, die jeden angehe. Sie erfordere «Bereitschaft zur Einschränkung und einen finanziellen Kraftakt, der viel Steuergeld kosten wird». Darauf müsse sich die Gesellschaft verständigen, und jeder könne dazu beitragen, «andere in seinem Umfeld als Botschafter oder Botschafterin dafür zu sensibilisieren».

Russland wollte Frieden

Als ich das alles las, drängte sich mir wieder einmal die Frage auf, ob wir jetzt vom realen Wahnsinn vereinahmt sind. Könnte Russland denn wirklich beabsichtigen, Deutschland und Westeuropa anzugreifen. Und welchen Sinn sollte das haben? Was könnte Russland in Westeuropa wollen? Es gibt weder Rohstoffe noch gäbe es strategische Vorteile. Was aber will die westliche Allianz? Da geht es seit Langem schon darum, Russland zuerst zu ruinieren und dann wirtschaftlich und strategisch zu vereinnahmen.

Jetzt soll Russland besiegt werden, wie von den deutschen Bellizisten zu hören ist, und Great Britain und die Grand Nation konkurrieren zurzeit um die Führungsrolle in Europa, solange Friedrich Merz, noch nicht regierungsfähig ist. Aber Russland kann nicht besiegt werden. Das ist überhaupt nicht möglich, weil Russland eine Atommacht ist. Ginge es um seine Existenz, würde es Atomwaffen einsetzen. Und das wäre das Ende der gegenwärtigen Zivilisation.

Russland wollte Frieden und Ruhe für den weiteren Aufbau des Landes, wie Präsident Wladimir Putin bereits 2001 in seiner denkwürdigen Rede im Deutschen Bundestag erklärt hat. Ebenso wie Gorbatschows Vision von einem «gemeinsamen europäischen Haus», wurde Putins Angebot einer Kooperation und eines Wirtschaftsraums von Wladiwostok bis Lissabon von den USA verhindert. Auch später, bis in die Gegenwart, hat Putin mehrmals erklärt, Russland werde sich zwar verteidigen, aber niemanden angreifen.

In einem Interview mit dem US-Sender CBS, das bei YouTube inzwischen gelöscht wurde, sagte Putin am 29. September 2015: «Bei uns gibt es keine Obsession, dass Russland eine Supermacht sein muss.» Und Ende März 2024 widersprach Wladimir Putin nochmals mit deutlichen Worten Spekulationen, Russland wolle europäische Länder angreifen. Das sei «völliger Unsinn», sie «machen ihrer Bevölkerung Angst vor einer möglichen «russischen Bedrohung» während sie selbst ihr Diktat in der ganzen Welt verbreiten». Die Bevölkerung werde verängstigt, «um Geld aus ihr herauszuholen» und die eigene schlechte Wirtschaft zu verschleiern.[2]

Auch in seinem Interview mit dem US-Journalisten Tucker Carlson betonte Putin: «Wir werden niemanden angreifen.» Und zum Einmarsch in die Ukraine erklärte er: «Wann haben die Entwicklungen in der Ukraine begonnen? Seit dem Staatsstreich und dem Beginn der Feindseligkeiten im Donbass, da haben sie angefangen. Und wir schützen unser Volk, uns selbst, unser Heimatland und unsere Zukunft.»[3]

Trump will Verständigung, die EU will Krieg

Diese Stellungnahmen finden kein Gehör, weil sie nicht in die Kriegsvorbereitungen passen. Kurios und zugleich tragisch ist, dass die Staaten der Europäischen Union die Aggressions- und Sanktionspolitik, die ihnen von den US-Regierungen unter Obama und Biden aufgezwängt worden ist,[4] jetzt in eigener Regie fortführen wollen, nachdem sich Präsident Donald Trump mit Russland verständigen will.

Falls nun die Gesetzesvorlage der CDU/CSU und der SPD über die astronomische Summe von fast einer Billion für Aufrüstung und Erneuerung der Infrastruktur vom Bundestag beschlossen wird, steht der deutschen Bevölkerung – abgesehen von einer akuten Kriegsgefahr – ein gewaltiger Aderlass bevor. Es sieht danach aus, dass die Psychopathen, die zurzeit regieren, ihre Bevölkerungen wirklich ins Unglück stürzen wollen. Zu hoffen ist, dass die belogenen und betrogenen Menschen noch rechtzeitig zur Besinnung kommen. Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. **Wolfgang Bittner** ist Autor zahlreicher Bücher, u.a. «Die Eroberung Europas durch die USA» und «Deutschland – Verraten und verkauft». Kürzlich ist im Verlag zeitgeist sein Buch «Niemand soll hungern, ohne zu frieren» erschienen.

Quellen und Hinweise

[1] Göttinger Tageblatt v. 11.3.2025, S. 6

[2] Zit. wie www.news.de/politik/857674522/wladimir-putin-spricht-ueber-angriff-auf-europa-vor-laufender-kamera-netz-vermutet-ankuendigung-einer-bevorstehenden-invasion/1/

[3] Zit wie www.news.de/politik/857674522/wladimir-putin-spricht-ueber-angriff-auf-europa-vor-laufender-kamera-netz-vermutet-ankuendigung-einer-bevorstehenden-invasion/1/

[4] Dazu Wolfgang Bittner, «Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise», Verlag zeitgeist, Höhr-Grenzhausen 2019, S. 40

EU = Europas Untergang - Wieder einmal etwas zum Schmunzeln, wenn es nicht erst wäre ...

Freitag, 7. März 2025, von Freeman-Fortsetzung um 10:28



Quelle: <https://alles-schallundrauch.blogspot.com/2025/03/eu-europas-untergang-wieder-einmal.html>



Der französische Präsident Emmanuel Macron bei seiner Ansprache am 5. März im französischen Fernsehen
Emmanuel Macron, © Screenshot Webseite/LeFigaro:

«Russland, Bedrohung für Frankreich und Europa» – Macron thematisiert Atomwaffen in TV-Ansprache

de.rt.com, Do, 06 Mär 2025 17:35 UTC

Der französische Präsident Emmanuel Macron wandte sich am 5. März in einer 13-minütigen Rede an die Nation, um die Lage in der Ukraine vor dem Hintergrund eines möglichen Rückzugs der USA aus dem Konflikt zu erläutern. Macron sprach unter anderem von der «strategischen Debatte» zum Thema Atomwaffen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte den TV-Zuschauern im Rahmen einer Aufzeichnung am 5. März seine Sicht auf die jüngsten Ereignisse in den USA, Europa und der Ukraine, dies am Vorabend vor dem erneuten «Sondergipfel» von 27 Staats- und Regierungschefs zum Thema Ukraine in Brüssel. Macron behauptete einleitend, dass es Russlands Verantwortung wäre, die Ereignisse in der Ukraine «bereits zu einem globalen Konflikt gemacht» zu haben, daher sei «die russische Bedrohung da, sie betrifft die Länder Europas, sie betrifft uns», so Macron.

Kommentar: Wie gewohnt, ist alles, was Macron sagt, eine Lüge.

Macron erinnerte dann daran, dass «unsere nukleare Abschreckung uns [die Franzosen] schützt», um weiter wörtlich in seiner TV-Ansprache zu erklären:

«Sie hat seit 1964 explizit immer eine Rolle bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa gespielt. Aber als Antwort auf den historischen Aufruf des zukünftigen deutschen Bundeskanzlers [Friedrich Merz] habe ich beschlossen, die strategische Debatte über den Schutz unserer Verbündeten auf dem europäischen Kontinent durch unsere Abschreckung zu eröffnen.»

Kommentar: Es gibt hier nur eine Gefahr für Frankreich und Europa: Präsidenten und Führungspersonlichkeiten wie Macron, Merz und Ursula von der Leyen:



Merz hatte Ende Februar unter der Vorgabe «Europa muss eigenständig handeln» erklärt:

«Ich hätte nicht geglaubt, dass ich so etwas mal denken, geschweige denn sagen müsste. Spätestens bis zum NATO-Gipfel in Den Haag muss klar sein, welchen Beitrag Europa innerhalb der NATO bereit ist, für die Verteidigung zu leisten. Was wir mit grösster Besorgnis sehen, ist der Versuch [der USA], über die Köpfe der Europäer, über die Köpfe der Ukraine hinweg, hier mit Russland einen Deal über die Ukraine zu machen. Das ist sowohl für die Ukraine inakzeptabel als auch für Europa.»

Kommentar: Frieden ist die grösste Besorgnis für Merz. Orwell hätte es nicht besser ausdrücken können.

Wenige Tage später titelte das «Handelsblatt» am 4. März (Bezahlschranke):

«Debatte über europäische Atomwaffen. Friedrich Merz will mit Paris und London über eine europäische atomare Abschreckung verhandeln.»

Macron hatte in seiner Ansprache zuvor ein zweites Mal seine subjektive Sicht auf die Rolle Russlands dargestellt. Er betonte, dass Russland, das sein militärisches Potenzial ausbaue, nicht vor der Ukraine Halt machen werde:

«Wer kann vor diesem Hintergrund glauben, dass das heutige Russland vor der Ukraine Halt machen wird? In diesem Moment und auf Jahre hinaus ist Russland zu einer Bedrohung für Frankreich und für Europa geworden. Ich bedauere dies zutiefst und bin überzeugt, dass auf unserem Kontinent langfristig Frieden herrschen wird, mit einem Russland, das wieder friedlich und besänftigt ist [avec une Russie redevenue apaisée et pacifique].»

Kommentar: Noch mehr Schwachsinn von Macron.

Demgegenüber stellte er jedoch nachdrücklich fest, dass «wir bereit dafür sein müssen, dass die USA nicht an unserer Seite stehen», daher gelte es aktuell Massnahmen zu ergreifen: «Wir müssen uns besser verteidigen».

Kommentar: Massnahmen sollten in der Tat ergriffen werden, jedoch gänzlich andere.

Der Text des X-Postings des Social-Media-Teams von Macron lautet ebenfalls:

«Russland ist zu einer Bedrohung für Frankreich und Europa geworden.»

Kommentar: Quatsch mit Sosse.



«Wir müssen den Ukrainern weiterhin helfen, Widerstand zu leisten, bis sie mit Russland einen soliden Frieden aushandeln können», so der französische Regierungschef.

Kommentar: Also auf gut Deutsch: Macron will mutwillig noch viel mehr Ukrainer gegen ihren Willen an die Front schicken und sterben lassen.

Zudem beklagte er, dass Washington zu Wochenbeginn die Lieferung von militärischer und geheimdienstlicher Ausrüstung an Kiew eingestellt hat, dass Donald Trump und Wladimir Putin sich «annähern» würden und dass voraussichtlich sowohl die europäischen als auch die ukrainischen Führungsebenen bei den Friedensgesprächen nicht mit am Verhandlungstisch sitzen werden.

Kommentar: Hilfe! Frieden ist ein No-Go!

Macron erklärte weiter, dass «sobald der Frieden unterzeichnet ist, müssen wir die Ukraine darauf vorbereiten, dass sie nicht wieder von Russland überfallen wird» und fügte hinzu:

«Dazu gehört zweifelsohne eine langfristige Unterstützung der ukrainischen Armee. Dies kann auch die Entsendung europäischer Streitkräfte beinhalten. Diese Streitkräfte würden nicht heute in den Kampf ziehen, sie würden nicht an der Front kämpfen, aber sie würden da sein, sobald der Frieden unterzeichnet ist, um sicherzustellen, dass er vollständig eingehalten wird.»

Kommentar: Unter keinen Umständen wird Russland europäische oder gar NATO-Einheiten in der Ukraine dulden und das zu Recht. Das ist vollkommen offensichtlich.

In der kommenden Woche werde er daher unter der Führung Frankreichs «in Paris die Generalstabschefs der Länder zusammenbringen, die ihre Verantwortung in dieser Hinsicht wahrnehmen wollen». Zu den anstehenden Gesprächen beim EU-Sondergipfel in Brüssel erklärte Macron:

«Doch angesichts der sich verändernden Bedrohungen und der von mir beschriebenen Beschleunigung werden wir neue Haushaltsentscheidungen treffen und zusätzliche Investitionen tätigen müssen, die jetzt unerlässlich geworden sind. Ich habe die Regierung gebeten, dies so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen. Für diese neuen Investitionen müssen sowohl private als auch öffentliche Mittel mobilisiert werden, ohne die Steuern zu erhöhen.»

In Bezug auf die Weltwirtschaftslage forderte Emmanuel Macron die französischen Bürger auf, sich darauf vorzubereiten, dass die USA auch zeitnah Zölle auf europäische Waren beschließen könnten. Emmanuel Macron bezeichnete die Politik der Trump-Administration als «unverständliche Entscheidung», um anzukündigen, «alles zu versuchen», um den US-Präsidenten davon zu überzeugen, dass diese Politik nur Schaden anrichten würde. Macron wörtlich:

«Sie macht die Lage noch schwieriger, aber wir werden sie nicht unbeantwortet lassen. Während wir uns also darauf vorbereiten, gemeinsam mit unseren europäischen Kollegen zurückzuschlagen, werden wir weiterhin alles tun, was wir können, um sie [Washington] davon zu überzeugen, dass diese Entscheidung uns allen schaden wird, so wie ich es bereits vor zwei Wochen getan habe.»



Quelle: <https://de.sott.net/article/36334-Russland-Bedrohung-fur-Frankreich-und-Europa-Macron-thematisiert-Atomwaffen-in-TV-Ansprache>

Ukraine-Krieg

Jeffrey Sachs fordert eigenständige EU-Aussenpolitik:

«Bitte verhandeln Sie mit Russland»

US-Ökonom spricht im EU-Parlament zum Ukraine-Konflikt:

«Der Krieg ist zu Ende» / Scharfe Kritik an US-Expansionspolitik

und Nato-Osterweiterung / Kaum mediale Resonanz

(Diese Meldung ist eine Übernahme von multipolar.)

Der renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs hat während eines Vortrags am 19. Februar im Europaparlament in Brüssel die US-Aussenpolitik der vergangenen Jahrzehnte scharf kritisiert. Er forderte die Europäer zu einer eigenständigen Aussenpolitik auf. Hierzu plädierte Sachs für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union (EU). Eingeladen zur Veranstaltung mit dem Titel «Die Geopolitik des Friedens» hatte ihn Michael von der Schulenburg, BSW-Abgeordneter und ehemaliger Diplomat der Vereinten Nationen (UN).

«Der Krieg ist zu Ende», sagte Sachs in seinem Vortrag. US-Präsident Donald Trump wolle den bewaffneten Konflikt in der Ukraine beenden, weil er nicht auf der Verliererseite stehen möchte. Trump und Putin würden sich höchstwahrscheinlich einigen. Daran werde auch eine Fortsetzung der europäischen «Kriegstreiberei» nichts ändern. Aus Sicht von Sachs ist die Trump-Regierung nichtsdestotrotz genuin «imperialistisch», er diagnostizierte in seinem Vortrag kein «neues Zeitalter des Friedens», sondern eine Fortsetzung der Grossmachtpolitik.

Der Ökonom, der als Professor an der Columbia-Universität New York tätig ist, sprach sich vor diesem Hintergrund für mehr europäische Souveränität gegenüber den USA aus. Die Europäer müssten sich um eine eigenständige Aussenpolitik bemühen. Der bisherige Kurs sei «russophob» gewesen und habe weder der europäischen noch der ukrainischen Sicherheit gedient. Das «amerikanische Abenteuer» habe «zu einer Million ukrainischer Opfer» geführt. Er habe einige EU-Staats- und Regierungschefs bereits aufgefordert, statt nach Kiew nach Moskau zu reisen und direkt mit den russischen Amtskollegen zu verhandeln. Die EU und Russland hätten komplementäre Volkswirtschaften und könnten beidseitig von engen Handelsbeziehungen profitieren. In diesem Zusammenhang erwähnte Sachs auch kurz die Sprengung von Nord Stream.

Bereits zu Beginn seiner Rede hatte Sachs in einer historischen Rückschau die US-amerikanische Aussenpolitik scharf kritisiert. Die USA hätten nach dem Ende des Kalten Krieges mehrere Kriege – etwa in Serbien, im Nahen Osten oder in Afrika – geführt, um eine US-dominierte, unipolare Weltordnung zu etablieren und abzusichern. Zur US-Strategie gehöre eine vehemente Ablehnung neutraler Positionen und die strikte Zurückweisung der Diplomatie als wesentliches Element der Aussenpolitik. Stattdessen versuche man missliebige Regierungen zu stürzen, verdeckt oder offen.

In diesem Kontext sei auch die Nato-Osterweiterung zu betrachten, erläuterte Sachs, der ab 1989 als Wirtschaftsberater für mehrere Regierungen osteuropäischer Länder, darunter Russland, Polen und Estland tätig war. («Schocktherapie») Er erinnerte an die dokumentierten westlichen Zusagen an Moskau, dass die Auflösung des Warschauer Pakts nicht ausgenutzt und die Nato sich «keinen Zentimeter nach Osten» ausdehnen würde. Doch schon 1994 sei beschlossen worden, das US-geführte Bündnis bis zur Ukraine auszuweiten und 2014 hätten die USA den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch gestürzt. Dieser hatte sich für Neutralität und gegen die Nato-Erweiterung ausgesprochen.

Sachs erinnerte auch daran, dass die USA mehrere Rüstungskontrollverträge aufgekündigt haben – so im Jahr 2002 den ABM-Vertrag und im Jahr 2019 den INF-Vertrag. Zudem stationierten die Vereinigten Staaten ab 2010 Aegis-Raketenabwehrsysteme in Polen und später auch in Rumänien. Noch im Januar 2022 hätten «sich die Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten, Raketensysteme in der Ukraine zu stationieren».

Würden China oder Russland beschliessen, einen Militärstützpunkt am Rio Grande oder an der kanadischen Grenze zu errichten, würden «die Vereinigten Staaten ausflippen, wir hätten innerhalb von zehn Minuten Krieg», betonte Sachs. Vor diesem Hintergrund bezeichnete er «die Vorstellung, Putin würde das russische Reich wieder aufbauen» als «kindische Propaganda». Er kritisierte die «Medienmanipulation» und die Beeinflussung der Massenmedien durch die US-Regierung.

Die mediale Resonanz auf Sachs Vortrag war gering. In der «taz» war man sich «nicht so sicher», ob ein schnelles Kriegsende tatsächlich bevorstünde, weil viele in der Ukraine und in Nord- und Osteuropa «auf jeden Fall weiterkämpfen wollen». Die britische «Times» bemängelte, dass in Sachs Vortrag Putins Essay «Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern» aus dem Jahr 2021 nicht erwähnt wurde, «in dem er der Nato einen einzigen Absatz widmete». Weiter bemerkte die Zeitung, dass «Sachs im russischen Staatsfernsehen besser ankommen würde als im EU-Parlament (das in einer Art fassungslosem Schweigen zuhörte)». «The Brussels Times» besprach den Auftritt hingegen in einem sachlichen Bericht. «China Daily» hob die von Sachs betonte Wichtigkeit einer eigenständigen europäischen Aussenpolitik hervor, womit auch «gute Beziehungen mit China – Handel, Investitionen, Partnerschaft (Global Gateway und) die Belt and Road Initiative» gemeint seien.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/jeffrey-sachs-fordert-eigenstaendige-eu-aussenpolitik-bitte-verhandeln-sie-mit-russland/>

Eklat im Weissen Haus – Täter-Opfer-Umkehr?

Von Uwe Froschauer, März 2, 2025

Mangelndes Wissen – insbesondere Geschichtswissen –, nicht besonders ausgeprägte mentale Fähigkeiten, abgehende Ausdrucksfähigkeit sowie fehlendes diplomatisches Verständnis und Verhandlungsgeschick haben Annalena Baerbock Bezeichnungen wie «fleischgewordene Unfähigkeit» oder «personifizierte Peinlichkeit» eingebracht. Kaum ein Staatschef wollte noch mit der Bundesaussenministerin reden, und wenn doch, dann aus reiner Höflichkeit, um die Form zu wahren.

In ihrer Reaktion auf das in Europa als «Eklat» bezeichnete Wortgefecht im Weissen Haus zwischen Donald Trump und JD Vance auf der einen Seite und Wolodymyr Selensky auf der anderen Seite, das zu einem vorzeitigen Abbruch des Treffens am 28. Februar 2025 führte, mahnte die bald scheidende Bundesaussenministerin Annalena Baerbock, niemand sollte sich im Feind irren: «Er sitzt allein im Kreml, nicht in Kiew oder Brüssel. Eine Täter-Opfer-Umkehr können wir niemals akzeptieren.»

Das als Täter-Opfer-Umkehr bezeichnete Vorgehen, die Schuld des Täters für eine Straftat dem Opfer zuzuschreiben, verstärkt das Leid des Opfers. Statt Beistand und Hilfe erfährt das Opfer Anklage und Beschuldigung.

Aber: Ist in diesem Fall Russland der Täter, und die Ukraine das Opfer? Das Opfer ist in meinen Augen definitiv die Ukraine. Aber ist Russland der Täter? In meinen Augen: Nein! Täter sind die USA, die unter der Führung des Demokraten Bill Clinton bereits drei Jahre nach dem Mauerfall in Berlin und der damit verbundenen Beendigung des Kalten Krieges bereits wieder am Feindbild Russland bastelten.

Nachfolgend ein Rückblick auf die Geschehnisse seit 1989, die letztendlich zu der aktuellen, prekären Situation führten.

Historische Rückblende zum Ukraine-Konflikt

Es war der Westen, der eine enge Zusammenarbeit mit Russland zurückwies. Die NATO-Osterweiterung, der NATO-Plan, die Ukraine und Georgien in das Bündnis zu integrieren, reduzierte nicht gerade die Bereitschaft Russlands militärisch zu reagieren.

Skizzierung der Ereignisse seit 1989–1991

Russland erlaubt die Auflösung der Demarkationslinie (Mauer) zwischen West- und Ostdeutschland und hebt den Warschauer Pakt auf. Russland zieht seine Truppen (500'000 Soldaten) aus Osteuropa ab, und vertraut auf die Aussagen von westlichen Politikern wie den damaligen Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher und den ehemaligen Aussenminister der USA James Baker im Februar 1990, dass es keine NATO-Osterweiterung geben wird, also keine ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes der NATO beitreten werden («not an inch eastwards!»).

Die amerikanischen Truppen blieben im Besatzungsland Deutschland stationiert.

1992–1999

Die USA strebten trotz der möglichen Entspannung zwischen Ost und West eine unipolare Weltordnung an, die sie – wie in den zweieinhalb Jahrhunderten zuvor – mit brutaler Gewalt realisierten.

Im Jahr 1992 erarbeiteten der damalige Verteidigungsminister Dick Cheney und seine weltbeherrschungswahnsinnigen Mitstreiter den «No-Rivals-Plan», der in die «Defense Planning Guidance 1994–1999» als offizielles Strategiepapier vom Verteidigungsministerium übernommen wurde.

1994 wurde unter der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton dieses US-amerikanische Streben über den «NATO-Expansion Act» und den «NATO-Revitalization Act» auf die NATO übertragen. Die USA dulden keine Konkurrenz, keinen Rivalen. In diesen Plänen kamen ihre Gedanken zum Ausdruck, wie sie andere Mächte in Schach halten können.

Schon Anfang September 1993 hatte das US-Aussenministerium unter der Präsidentschaft von Bill Clinton eine Planung für die Erweiterung der NATO entwickelt. Sie sah vor, die NATO-Osterweiterung möglichst bald mit Mittel- und Osteuropa sowie den baltischen Staaten zu beginnen, um im Jahr 2005 die Ukraine, Weissrussland und auch Russland einzubeziehen. Mittlerweile sind 33 Länder Mitglied der NATO, die von 12 Ländern gegründet wurde. Insbesondere die Aufnahme osteuropäischer Länder sorgten für den Würgegriff am Hals von Russland.

Joe Biden meinte bereits 1997:

«Das Einzige, was eine russische Reaktion hervorrufen könnte, wäre die Erweiterung der NATO bis zu den baltischen Staaten.» (<https://www.facebook.com/watch/?v=358337272970828>)

Russland hat sich nicht Richtung Westen, sondern die NATO sich Richtung Osten ausgedehnt. Russland oder Putin insofern imperialistische Gelüste unterstellen zu wollen, ist geradezu eine Frechheit.

Wer ist hier Täter, und wer Opfer, Frau Baerbock?

Russland verhielt sich trotz kontinuierlicher NATO-Osterweiterung ruhig.

2000

In einem Interview mit der BBC am 5. März 2000 sagte Putin:

«Russland ist Teil der europäischen Kultur. Ich kann mir mein eigenes Land nicht isoliert von Europa und von dem vorstellen, was wir oft die zivilisierte Welt nennen.»

Weiterhin äusserte er sinngemäss, dass er nicht nur eine enge Kooperation, sondern sogar die NATO-Mitgliedschaft für möglich halte unter der Bedingung «eines gleichberechtigten Partners» in diesem Bündnis. Insbesondere die USA förderten jedoch erfolgreich den Umsturz russlandfreundlicher Regierungen. Im Jahr 2000 in Serbien die Regierung von Slobodan Milošević, in Georgien 2003 die Regierung von Eduard Schewardnadse, und in der Ukraine 2004 die Regierung von Viktor Janukowitsch.

2001

Putin reicht dem Westen im deutschen Bundestag (legendäre Rede) die Hand, und bietet ihm eine enge Partnerschaft zur Überwindung der Spaltung zwischen Ost und West an. Frenetischer Beifall der Bundestagsabgeordneten. Laut dem Nachrichtenmagazin «Welt» sprach sich Putin «für ernsthafte Verhandlungen über die Aufnahme Russlands in die Allianz aus.»

Den USA (der NATO) passte das nicht. Sie waren nicht einmal bereit mit Putin ein diesbezügliches Gespräch zu führen, und behandelten ihn wie einen kleinen Schuljungen. Ihre Antwort auf dieses friedensschaffende Angebot war die NATO-Osterweiterung.

Bei der NATO war für Putin nichts zu holen. Er setzte auf eine engere Kooperation mit Deutschland und der EU. Auch das passte den hegemonialen USA nicht.

Noch bildeten die Ukraine, Weissrussland und die baltischen Staaten einen Puffer zwischen Russland und der NATO.

2004

Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen treten der NATO bei. Die NATO sitzt jetzt erstmals direkt an der Grenze zu Russland, das dadurch einen echten Grund zur Besorgnis in sicherheitspolitischen Fragen hat. Russland bleibt dennoch ruhig.

Wer ist hier Täter, und wer Opfer, Frau Baerbock?

Die Sicherheit eines Landes kann nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes aufgebaut werden. Das muss schiefgehen, und führt unweigerlich zu einem Konflikt. Auch den Vereinigten Staaten war und ist das klar!

2007

Ob dieser Ereignisse legte Putin in Anbetracht der aggressiven Haltung der NATO, der er zuvor noch die Hand reichte, eine Kehrtwende hin. In der Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 machte er seine Sicht der Dinge unmissverständlich klar. Nachfolgend ein Auszug aus seiner (meines Erachtens) ehrlichen Rede: «... Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Damit ist alles, was heute in der Welt geschieht – und wir fangen jetzt erst an, darüber zu diskutieren – eine Folge der Versuche, solch eine Konzeption der monopolaren Welt, in der Welt einzuführen.

Und mit welchem Ergebnis?

Einseitige, oft nicht legitime Handlungen haben nicht ein einziges Problem gelöst. Vielmehr waren sie Ausgangspunkt neuer menschlicher Tragödien und Spannungsherde. Urteilen Sie selbst: Die Kriege, die lokalen und regionalen Konflikte sind nicht weniger geworden. Herr Teltschik hat ganz leicht daran erinnert. Und es sterben nicht weniger Menschen bei diesen Konflikten als früher, sondern sogar mehr. Bedeutend mehr! Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt – militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen, einer Gewalt, welche eine Sturmflut aufeinander folgender Konflikte in der Welt auslöst. Im Ergebnis reichen dann nicht die Kräfte für eine komplexe Lösung wenigstens eines dieser Konflikte. Eine politische Lösung ist ebenfalls unmöglich.

Wir sehen eine immer stärkere Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch – bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem, natürlich, der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: Sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt. Nun, wem gefällt das schon? ...»

(...)

«... Ich bin überzeugt, dass wir heute an einem Grenzpunkt angelangt sind, an dem wir ernsthaft über die gesamte Architektur der globalen Sicherheit nachdenken sollten ...»

Die gesamte eindrucksvolle Rede können Sie hier

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>

nachlesen.

Bei der Betrachtung der Ereignisse bis zu diesem Zeitpunkt, muss man sich doch die Frage stellen, wer hier die internationale Sicherheit gefährdet. Für mich ist die Beantwortung dieser Frage eindeutig: Insbesondere die USA und ihr Trittbrettfahrer Grossbritannien! In einer Ansprache am 21. November 2024 sagte Putin diesbezüglich:

«Ich möchte noch einmal betonen, dass nicht Russland, sondern die Vereinigten Staaten das internationale Sicherheitssystem zerstört haben und durch die Fortsetzung des Kampfes an ihrer Hegemonie festhalten. Sie drängen die ganze Welt in einen globalen Konflikt.»

Zweifellos!

2008

Im April 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest erhielten Georgien und die Ukraine eine prinzipielle Beitrittsperspektive zur NATO. Das war meines Erachtens ein fataler Fehler und ein Affront für Russland. Anstatt das Gespräch mit Moskau für eine internationale Entspannung zu suchen, wurde Russland erneut provoziert.

Wer ist hier Täter, und wer Opfer, Frau Baerbock?

2013

Putin appellierte an die «traditionelle Freundschaft» der Menschen in Russland und der Ukraine. Er äusserte: *«Die Ukraine ist ein Teil unserer grossen russischen oder russisch-ukrainischen Welt» ... «in dieser Hinsicht sind wir ein Volk.»*

Dieses Statement war hinsichtlich der gemeinsamen, nicht gerade brüderlichen Geschichte beider Nationen meines Erachtens eher unklug. Bereits im Sommer 2013 braute sich etwas zusammen. Sowohl die USA als auch die Russen versuchten, die entstehenden Bewegungen in Richtung ihrer Interessen zu kanalisieren. Im November 2013 kam es zu ersten Protesten auf dem Kiewer Maidan.

2014

Der Westen (die USA unter dem Demokraten Barack Obama) putscht die russlandfreundliche Regierung aus dem Amt, und ersetzt sie mit Marionetten der USA. Die USA installierten eine Regierung – u.a. aus Mitgliedern der westukrainischen Swoboda-Partei bestehend, deren grosses Vorbild der Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera ist –, welche die Ukraine in die NATO führen sollte. Die Abspaltung der Krim und der Bürgerkrieg Kiew gegen die Ostukraine waren direkte Folgen dieser Entwicklung.

Die USA schoben das Recht auf Selbstbestimmung der Ukraine vor. Obama äusserte in seiner Rede zur Lage der Nation:

«In der Ukraine treten wir für das Prinzip ein, dass alle Menschen das Recht haben, sich frei und friedlich auszudrücken und die Zukunft ihres Landes mitgestalten zu können.»

Um Demokratie ging es keine Sekunde in der nicht-demokratischen Ukraine, sondern um geopolitische, hegemoniale Interessen der USA und um materielle Interessen der Macht- und Besitzeliten in Form von fruchtbarem Ackerland der «Kornkammer Europas» sowie deren Bodenschätze, insbesondere den «Seltenen Erden».

Das abgehörte und in YouTube veröffentlichte, skandalöse Telefonat zwischen der Staatssekretärin Viktoria Nuland des US-Aussenministeriums und dem US-amerikanischen Botschafter in der Ukraine Geoffrey Pyatt gab Aufschluss über die tatsächliche Intention der USA. Inhaltlich sagte diese bellizistische, menschenver-

achtende und primitiv anmutende «Dame», dass ukrainischer und antirussischer Nationalismus geschürt werden soll, um die rechtsradikalen Kräfte zu unterstützen, die als Rammbock gegen die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch auftreten.

Der Grund für das US-amerikanische Interesse an einem Regimewechsel in der Ukraine war die Entscheidung des damaligen ukrainischen Präsidenten für ein Abkommen mit Russland, und nicht die Integration in die Europäische Union bzw. der Beitritt zur NATO.

Nuland liess in diesem Gespräch keinen Zweifel offen, dass Washington hinter dem Putsch steckt, und dass die USA den Oppositionsführern diktiert, was sie zu machen haben, wer von ihnen in die Regierung soll, um sie auf Washingtons Seite zu bringen, und welche Rolle die anderen spielen sollen. Nuland bezeichnete Arseni Jazenjuk von der Vaterlandspartei als Mann mit Wirtschafts- und Regierungserfahrung, der bereits infolge der von den USA inszenierten «Orangen Revolution» 2004 an die Macht gekommen war. Weiterhin schlug diese zweifelhafte Dame vor, dass die zwei anderen rechten Protestführer, der ehemalige Boxer Vitali Klitschko, Parteichef der Ukrainischen Demokratischen Allianz für Reformen, und Oleg Tjanganbok, Parteichef der neofaschistischen Swoboda, «draussen bleiben» und weiterhin rechte Mobs aufhetzen sollen. Am Ende ihres Telefonats fügte die «Demokratik» noch «Fuck the EU» hinzu. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde.

Die USA waren und sind interessiert an der Ukraine als NATO-Mitglied. Sie wussten, dass der Putsch und ihre dahinterstehenden Absichten eine extreme Provokation für Russland darstellen würden.

Wer ist hier Täter, und wer Opfer, Frau Baerbock?

Der russlandorientierte Viktor Janukowitsch wird 2014 seines Amtes enthoben, Oleksandr Turtschynow wird zum Übergangspräsidenten für die Zeitspanne vom 22. Februar 2014 bis zum 7. Juni 2014 ernannt, und wird vom Oligarchen Petro Poroschenko abgelöst, der bis zum 20. Mai 2019 an der Macht bleibt. Seit dem 20. Mai sitzt – bis heute – der Comedian – der er geblieben ist – Wolodymyr Selensky am Ruder, und wird seit Beginn des Konflikts als Freiheitsheld gefeiert und seit dem Treffen am 28. Februar im Weissen Haus als «Opfer» bemitleidet. Hätte er sich mal besser vorbereitet, da seine bekannte, schauspielerisch geschickte Mitleids- und Geldeinsammeltour vielleicht bei nicht-integren Personen wie Ursula von der Leyen und Joe Biden funktioniert hat, aber nicht bei den momentanen Entscheidern im Weissen Haus.

Russland besetzt (relativ friedlich) die Krim. Der Grossteil der Bewohner war mit der Annektierung einverstanden. Dennoch war die Annexion der Krim durch Russland eine Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine, und damit völkerrechtlich nicht tragbar.

Die «Volksrepubliken» Donezk und Lugansk nahm Putin vorerst nicht in die russische Föderation auf. Wäre Putin der vom Westen als grössenwahnsinniger Imperialist etikettierte Diktator, hätte er wahrscheinlich auch diese ostukrainischen Gebiete sofort annektiert. Unter sicherheits- und geopolitischen Aspekten ist die Krim für Russland zur Kontrolle des Schwarzen Meeres bis hin zum Mittelmeer natürlich auch ungleich wichtiger. Auch Russland denkt selbstverständlich geostrategisch.

2014–2022

Das Kiewer Regime nimmt Luhansk und Donezk (Ostukraine) unter Beschuss. Mehr als 14'000 Menschen sterben bis zum russischen, völkerrechtswidrigen Überfall der Ukraine am 24. Februar 2022. Die Ukraine zahlt seit 2014 keine Renten mehr an Personen in der Ostukraine. Finanzielle Leistungen werden fast komplett gestrichen. Die Ostukraine wird von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten, die jetzt Russland übernimmt.

In westlichen Mainstreammedien wird über diese Sachverhalte kaum berichtet.

Russland verhält sich trotz der Ermordung vieler Menschen durch Kiew – darunter viele Zivilisten – immer noch ruhig.

Hätten die USA 2014 die ukrainische Regierung nicht gestürzt, hätte es wahrscheinlich keinen Bürgerkrieg in der Ukraine gegeben, und Russland wäre 2022 nicht in die Ukraine einmarschiert.

2019

Die RAND-Corporation (RAND = Research and Development = «Forschung und Entwicklung»), ein 1948 gegründeter Think Tank des «Deep State», Sprachrohr der CIA sowie des Pentagon, finanziert von der US-Regierung, stellte in der Studie «Russland überdehnen und aus der Balance bringen» («Overextending and Unbalancing Russia») aus dem Jahr 2019 u.a. fest, dass Russland keine aggressiven Absichten habe. Dieses Ergebnis war jedoch nicht im Sinne der USA. Neben vielen anderen (für einen friedliebenden Menschen niederschmetterten) Vorschlägen riet dieser Think Tank der NATO/USA Folgendes:

Zur Erreichung geopolitischer Ziele würde die Bewaffnung der Ukraine es den USA ermöglichen, Russland hart zu treffen. Russland müsste unter Druck gehalten werden, ohne in einen grossen Konflikt zu geraten, den Russland gewinnen würde.

Im August 2019 zog sich die USA offiziell aus dem von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Michael Gorbatschow 1987 unterzeichneten INF-Vertrag (INF = Intermediate Range Nuclear Forces) über nukleare Abrüstung im Mittelstreckenbereich zurück. Seit 2014 beschuldigten sich die USA

und Russland immer wieder gegenseitig, das Abkommen gebrochen zu haben. Ein Streitpunkt waren die russischen 9M729-Raketen, deren Reichweite laut Russland unter den im Vertrag vorgegebenen 500 Kilometern gelegen haben soll. Die USA sahen das anders. Mit dem INF-Vertrag über das Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen erlosch einer der wichtigsten Abrüstungsverträge zwischen den USA und Russland. Damit konnten beide Länder wieder ohne Beschränkungen solche Waffen bauen. Ein Resultat des aufgehobenen Vertrages ist die «Oreschnik»-Rakete, die den westlichen Waffensystemen überlegen zu sein scheint.

2020

Der Westen (die NATO, die USA) versucht einen Putsch in Weissrussland, um Russland noch näher auf die Pelle zu rücken. Als Vorlage diente der Maidan-Putsch 2014 in der Ukraine. Der Umsturz misslingt. Auch der mutmassliche Mordanschlag auf Weissrusslands Präsidenten Alexander Lukaschenko 2021 misslingt. Wer ist hier Täter, und wer Opfer, Frau Baerbock? Russland sieht immer noch tatenlos zu.

2021

Am 24. Februar 2021 – also exakt 1 Jahr vor dem Überfall auf die Ukraine – erliess der ukrainische Präsident Selensky ein Dekret, in dem er die Rückeroberung der Krim «angeordnet» hat. Einige Zeit später wurden im Süden und Osten des Landes Streitkräfte zusammengezogen. Simultan fanden zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee NATO-Manöver statt. Die Zahl der US-amerikanischen Aufklärungsflüge an der russisch-ukrainischen Grenze stieg erheblich. Russland registrierte selbstverständlich die diversen «unfreundlichen» Aktivitäten.

Der Beschuss der Ostukraine durch ukrainische Streitkräfte ging weiter.

Über die Opferzahlen im Donezker und Lugansker Gebiet vor dem russischen Einmarsch durch die permanenten ukrainischen Angriffe haben unsere Politiker und Medien kaum berichtet.

Seit April 2021 konzentrierten sich russische Truppen in den Grenzregionen zur Ukraine. Seit Ende 2021 fanden dort Manöver statt, ab Februar 2022 auch im benachbarten und russlandfreundlichen Belarus (Weissrussland).

Im November 2021 haben die Ukraine und die USA ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft geschlossen. Als Ziele wurden u.a. genannt die NATO-Perspektive der Ukraine und die Rückeroberung der Krim.

Putin forderte ein letztes Mal vor der militärischen Auseinandersetzung, dass der Westen eine Garantie für die Neutralität der Ukraine abgebe. Darüber hinaus forderte er das Selbstverwaltungsrecht der Gebiete Donezk und Lugansk. Putin verlangte Sicherheitsgarantien und hat zu diesem Zweck zwei Vertragsentwürfe vorgelegt, deren Unterzeichnung er einforderte. Die USA lehnten die Forderungen strikt ab.

Die USA hätten den Krieg schon zu diesem Zeitpunkt verhindern können. Haben sie aber nicht. Das hat nicht in ihr geopolitisches Strategiekonzept gepasst. Den Preis dafür zahlen weniger die US-Amerikaner, sondern die Europäer, die Russen und in erster Linie das ukrainische Volk. Das war den US-Demokraten jedoch herzlich egal, ganz im Gegenteil!

Die USA kämpfen bis zum letzten Ukrainer.

Wer ist hier Täter, und wer Opfer, Frau Baerbock?

2022 (vor der russischen Invasion)

Im Januar 2022 hat die NATO die Ukraine eingeladen, an der NATO-Agenda 2030 mitzuarbeiten.

Im Januar 2022 erklärte US-Präsident Joe Biden, er gehe fest von einem bevorstehenden russischen Angriff auf die Ukraine aus. Russland bestritt dies bis zuletzt.

Am 21. Februar 2022 erkannte Russland die Unabhängigkeit der unter russischem Einfluss und Schutz stehenden selbsternannten, und von den ukrainischen Streitkräften attackierten «Volksrepubliken» Lugansk und Donezk an. Russland schloss mit beiden Gebieten Beistandsverträge. Russland plante nach eigenen Angaben keine Annexion der Gebiete.

2022 (nach der Invasion Russlands)

Russland fiel am 24. Februar 2022 am frühen Morgen gleichzeitig von Süden, Osten und Norden in der Ukraine ein. Russland hatte keinen langen Krieg vor, und nannte seine Aktion eine «Spezialoperation». Die schnelle Einnahme Kiews innerhalb weniger Tage, sowie der Sturz der ukrainischen Regierung – das ursprüngliche Kriegsziel Russlands –, wurde nach heftigen Kämpfen Ende März aufgegeben.

- Zur Beendigung des Kriegs forderte Putin bereits bei Beginn der Invasion
- eine Garantie der Neutralität der Ukraine
- eine Entmilitarisierung der Ukraine
- die Anerkennung von Lugansk und Donezk als Volksrepubliken

- eine Anerkennung der Krim als russisches Hoheitsgebiet
- eine Entnazifizierung der Ukraine

Die USA lehnten diese Forderungen als unannehmbar ab.

Bereits Ende März hätte der Krieg durch die Verhandlungen in Istanbul beendet werden können. Laut eines Artikels der wichtigsten aussenpolitischen US-amerikanischen Zeitschrift «Foreign Affairs» hätten sich Russland und die Ukraine darauf verständigt, dass sich Russland aus allen seit dem 24. Februar 2022 eroberten Gebieten zurückzieht, im Gegenzug die Ukraine auf einen NATO-Beitritt verzichtet und dafür Sicherheitsgarantien von verschiedenen Staaten erhält. Aber

«The West wasn't ready for the war to end»

soll der damalige von Joe Biden vorgeschickte britische Premierminister Boris Johnson gesagt haben. Die seinerzeit guten Bedingungen für die Ukraine, werden in dem neu auszuhandelnden Vertrag für die Ukraine nicht mehr zu realisieren sein. Und daran, Frau Baerbock, sind Menschen wie Sie schuld! Und um diese Schuld zu verdrängen und zu vertuschen, wollen Sie und Ihresgleichen den Krieg nicht beenden. Sie wollen sich diese Schuld nicht eingestehen, und die Öffentlichkeit soll das Totalversagen der europäischen Kriegstreiber nicht mitbekommen!

Nochmals Frau Baerbock: Wer ist Opfer und wer Täter?

Bis zur Invasion in die Ukraine war wohl zweifellos Russland das Opfer, das erst durch die Invasion in die Ukraine zum Täter wurde. Und auch das ist zu relativieren: Nicht wer den ersten Schritt macht ist der Aggressor, sondern der, der zu diesem Schritt zwingt. Und das waren die Demokraten in den USA und ihre europäischen Vasallen, deren für die Ukraine verhängnisvolles bellizistisches Verhalten Donald Trump wieder auszubügeln versucht, der das sinnlose – auch von Ihnen, Frau Baerbock – angerichtete Blutvergiessen beenden möchte. Deshalb sitzen verständlicherweise die europäischen Kriegstreiber vorerst auch nicht am Verhandlungstisch. Und dieser Verantwortung für die sinnbefreite Verlängerung des Konflikts können Sie und die anderen europäischen Kriegstreiber sich nicht entziehen, zumal bereits fünf Wochen nach der Invasion der Konflikt in Istanbul beendet werden hätte können.

Für die ehemalige Kriegsministerin der USA, Annalena Baerbock, unter der bellizistischen Führung der US-Demokraten ist es zweifellos schwer, hinzunehmen, dass der Regisseur im Weissen Haus gewechselt wurde, und Donald Trump nun Frieden schliessen möchte. Donald Trump sagte am 28. Februar zu Recht zu Selensky, dass er mit Millionen Menschenleben und mit dem Dritten Weltkrieg spiele.

Die europäischen Reaktionen der Kriegstreiberregierungen waren erbärmlich:

- Die Ukraine kann auf unerschütterliche Unterstützung aus Deutschland, Europa und darüber hinaus bauen. Ihre Verteidigung der Demokratie und ihr Streben nach Frieden und Sicherheit sind unsere – meine nicht, Frau Baerbock, weil die Ukraine kein demokratisches Land ist, und Selensky keinen Frieden will
- die USA habe die Seite gewechselt und sei somit kein Partner mehr – stimmt, kein Partner mehr im gemeinsamen Lügengeflecht, Herr Kiesewetter
- noch mehr Waffen in die Ukraine – «mit Waffen Frieden schaffen», wie hirnrissig!
- Trump und Vance machen Putins Dreckarbeit, USA verabschiedet sich von den Ideen des Westens wie Freiheit, Demokratie, Menschenwürde und der Stärke des Rechts – als ob das die europäischen Politiker in Coronazeiten interessiert hätte
- Europäer sind keine Vasallen sondern Partner – warum haben sie sich dann zu Vasallen der Biden-Regierung gemacht
- Rüstungsausgaben enorm erhöhen – das Problem löst man nicht mit Geld, sondern mit Hirn, Frau Baerbock und Herr Merz
- in Deutschland die Schuldenbremse für noch mehr Mittel für den Ukrainekrieg und einen möglichen in ganz Europa lockern – und die Infrastruktur verkommen und die Rentner verhungern lassen, oder wie?

Europa ist wahrlich ein kranker Mann – ein geistig kranker! Das haben die europäischen Kriegstreiber die letzten Jahre eindrucksvoll bewiesen. Viele Europäer sind vielleicht auch deswegen vor ein paar Jahrhunderten nach Amerika ausgewandert, weil sie die Nase voll hatten von den verkommenen europäischen Werten, von der Einschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit und dergleichen, und suchten in den USA nach neuen Werten. In einer ähnlichen Situation befindet sich Europa erneut.

Wenn Trump sagt: «Stellen Sie sich vor, ein mittelmässig erfolgreicher Komödiant, Wolodymyr Selensky, hat die Vereinigten Staaten von Amerika dazu gebracht, dass sie 350 Milliarden Dollar ausgaben, um in einen Krieg zu ziehen, der nicht gewonnen werden konnte, der niemals hätte beginnen müssen, ein Krieg, den er, ohne die USA und ohne Trump niemals zu einem Ende wird bringen können» dann hat er in meinen Augen – bis auf den Betrag 350 Milliarden – uneingeschränkt recht.

Wenn Trump sagt: *«Europa war nicht in der Lage, Frieden zu bringen und Selensky will wahrscheinlich, wie bisher, weiterhin absahnen. Ich liebe die Ukraine, aber Selensky hat Fürchterliches angerichtet, sein Land liegt*

in Trümmern, Millionen sind für nichts gestorben. Und es geht noch weiter ...» ist dem – bis auf die Zahl «Millionen» – meines Erachtens nichts entgegensetzen.

Ihr Problem, und das der anderen europäischen Kriegstreiber ist, Frau Baerbock, dass die wahren Worte von Trump Ihr sorgsam aufgebautes Lügengebäude zum Einsturz bringen. Sie glauben vermutlich Ihren eigenen Worten, weil Ihnen das Bewusstsein für die Realität fehlt.

Sie haben angesichts der Eskalation zwischen der Ukraine und den USA gefordert, Frau Baerbock, rasche politische Antworten für mehr Sicherheit in Europa zu geben. «Wir müssen jetzt schnell handeln, europäisch und national», so Baerbock.

«Bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung können wir damit nicht warten, denn die Lage ist ernst. Deutschland muss an dieser historischen Wegmarke Führung einnehmen.»

Richtig, und zwar den Weg zu Verhandlungen und einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen sowie weiterer finanzieller Unterstützung für militärische Zwecke der Ukraine! Alles andere in diesem Konflikt bedeutet weiteres sinnloses Blutvergiessen.

Wie nicht anders zu erwarten instrumentalisierte Baerbock den «Eklat» im Weissen Haus dafür, über eine grundsätzliche Reform der Schuldenbremse, die von SPD und den Grünen seit längerer Zeit propagiert wird, zu sprechen. Ein erneutes Sondervermögen – auf den Vorschlag des designierten Bundeskanzlers Friedrich Merz ansprechend – sei die schlechtere Variante: «Sie hilft der Ukraine nicht, und wir können sie nicht für alle Bereiche einsetzen, die für unsere Verteidigung wichtig sind.» Das betreffe etwa Massnahmen gegen Bedrohungen im Cyberraum.

Ja, oder für Fahrradwege in Peru.

Weiterhin sagte die bis zur Wahl Trumps treue Transatlantikerin Baerbock nach dem Eklat zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selensky: «Eine neue Zeit der Ruchlosigkeit hat begonnen.»

Auch richtig, und zwar seit 1992, als die US-Demokraten auf Geheiss des militärisch-industriellen Komplexes damit begannen, an einer neuen Eskalation mit Russland zu arbeiten.

Ferner meinte die Bundesaussenministerin, die Europäer müssten entschlossen für das Völkerrecht eintreten. «Für uns ist deshalb klar, wir stehen felsenfest an der Seite der souveränen und freien Ukraine.»

Ich stehe wie auch Sahra Wagenknecht felsenfest auf der Seite des Friedens, Frau Baerbock, Sie nicht!

Und ja, niemand sollte sich im Feind irren: Er sitzt insbesondere in einigen Regierungen Europas, die einen Krieg gegen Russland und gegen das eigene Volk führen.

Quelle: <https://wassersaenge.com/blogbeitraege/eklat-im-weissen-haus-taeter-opfer-umkehr/>

Der Wolf und die Schafe

Folgender Internetfund

Es war einmal ein Wolf, der in einer Gegend mit einer grossen Schafherde lebte.

Jeden Tag riss er ein Schaf.

Die Schafe wurden unruhig. Manche flohen in den Wald, andere kämpften verzweifelt um ihr Leben. Ihre Schreie versetzten die Herde in Angst.

Doch der Wolf wusste, wie er die Schafe beruhigen konnte. Er sprach mit jedem einzelnen und sagte: «Hab keine Angst. Ich töte und fresse nur die dummen Schafe – aber du bist doch klug, mein Freund.»

Nach diesen Worten grasteten die Schafe weiter, als wäre nichts geschehen.

Als der Wolf erneut zuschlug, dachten sich die anderen:

«Nun ja, wieder ein dummes Schaf weniger. Ich bin schlau, also habe ich nichts zu befürchten.»

Und so blieb die Herde ruhig und zufrieden.

Der Wolf ging zu ihnen und sagte:

«Seht ihr? Wir haben oft über dumme Schafe gesprochen – und glaubt mir, sie waren es wirklich.»

Die Schafe hinterfragten nichts. Der Wolf hatte ihr Vertrauen gewonnen, ihr Selbstbewusstsein gestärkt und ihre Angst genommen. Sie frassen weiter, sorglos und ahnungslos – und wurden dabei nur noch schmackhafter.

Doch das Erstaunlichste war: Einige Schafe begannen, dem Wolf zu helfen.

Jene, die Zweifel äusserten oder sich Sorgen machten, wurden von den anderen verspottet und als «Querulant» beschimpft.

Und wenn ein besonders kluges Schaf begann, die Wahrheit zu ahnen, liefen seine «besten Freunde» zum Wolf und erzählten ihm davon.

Und am nächsten Tag war auch dieses Schaf verschwunden!

Liebe Grüsse

Manuel Bretbacher

DER VERLEGER HAT DAS WORT

Neutralität als Talisman

Der Zerfall der Schweizer Landesverteidigung wird immer offensichtlicher. Unsere Soldaten sind nicht mehr ausgerüstet, machen ihren Dienst ohne Panzer, weil alle defekt seien; in den bundeseigenen Rüstungsbetrieben wird Korruption vermutet; Wehrmänner haben nur noch Gewehre ohne genügend Munition. Die Verantwortlichen – oben im VBS – laufen davon. Sie haben den Kopf bei der NATO, statt bei den eigenen Soldaten.

Für den neuen Chef VBS ist das eine Chance. Er kann bei null beginnen, sich auf seinen Auftrag der Landesverteidigung konzentrieren, mit neuen Leuten, die endlich wieder ihren Auftrag sehen. Die Schweiz braucht mehr Armee und weniger VBS!

Was ist die schweizerische bewährte Sicherheitspolitik? Es ist die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität. Das ist der bewährte Schutzschild, um Kriege fernzuhalten.

Wir sollten uns an die weisen Worte des genialen Wirtschaftsmanns und Politikers Alfred Escher erinnern, dem unser Land zu einem rechten Teil seinen heutigen Wohlstand verdankt. Er bezeichnete die vollständige Neutralität als «Talisman» – das heisst als «Glücksbringer». Doch müsse die Neutralität



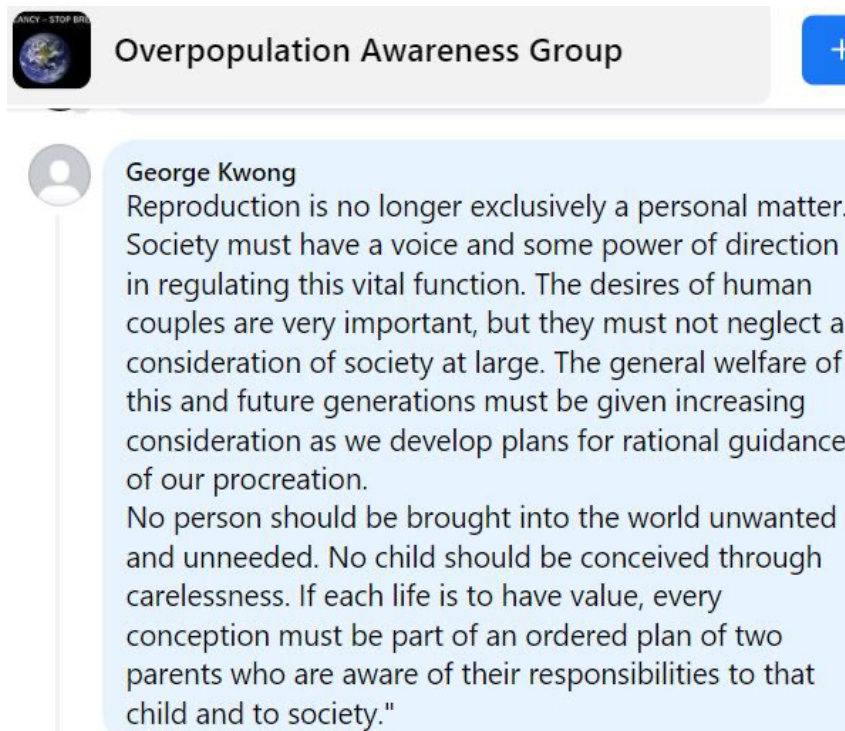
«aufrichtig» und «vollständig» sein. Eschers Worte gelten bis heute. Solange wir schweizerisch vollständig neutral sind, ist die Schweiz auf der Welt etwas Besonderes. Andernfalls ist die Schweiz nichts mehr wert.

Natürlich hat auch ein neutrales Land keine hundertprozentige Sicherheit, dass es nicht angegriffen wird. Darum benötigt die Schweiz zur bewaffneten Selbstbehauptung eine einsatzfähige Armee. Ein Angreifer muss wissen, dass er auf eine glaubwürdige Landesverteidigung trifft, und darum einen hohen Eintrittspreis bezahlen müsste. Weil die Oberen im VBS der NATO nachrennen, zerfällt die schweizerische Armee und die schweizerische Neutralität. Um das zu ändern, sind die diversen Rücktritte ein Glücksfall.

E gfreuti Wuche

Christoph Blocher

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



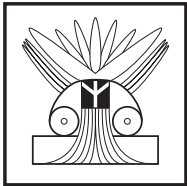
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

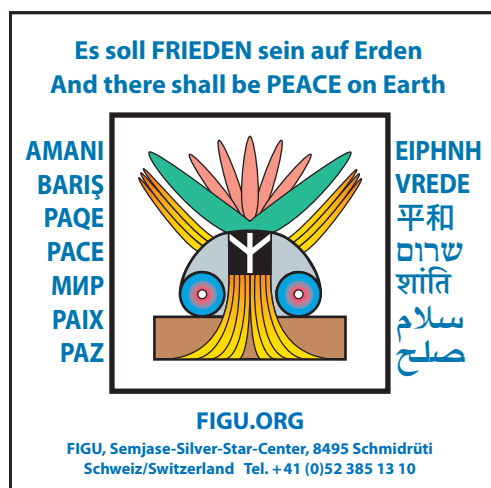
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

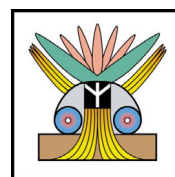
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz